

# Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.

Abonnementspreis 1,00 Mark pro Quartal zzgl. Postgebühren. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Rottbuhlerdamm 23 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
pro vierpaltige Beilagsseite 30 Pf.,  
Stellenangebote 20 Pf.; für Verbandsmitglieder 20 Pf.; Verbandsangelegenheiten 10 Pf.; Privatangelegenheiten ist der Betrag beizufügen.

Nr. 28.

Berlin, den 11. Juli 1908.

24. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Der Belgische Buchbinderverband hat sich mit dem 1. Juli dem Internationalen Buchbinder-Sekretariat angeschlossen und ist damit in das Gegenseitigkeitsverhältnis aufgenommen worden.

Es können demnach Mitglieder des belgischen Buchbinderverbandes, sofern sie mit der roten Auslandskarte versehen sind, in Deutschland Reiseunterstützung beziehen nach den Sätzen der 1. bzw. 3. Beitragsklasse, wie sie für Mitglieder der ausländischen Verbände allgemein Anwendung finden. Uebertritte in unseren Verband können ebenfalls unter den üblichen Voraussetzungen erfolgen.

Die näheren Angaben über den Unterstützungsbezug unserer Mitglieder in Belgien werden wir demnächst veröffentlichen.

2. Das Handbuch für die Bevollmächtigten ist in dieser Woche an alle Zahlstellen und Gauvorstände versandt worden und wird inzwischen in die Hände der Bevollmächtigten gelangt sein.

In dem Handbuch sind alle Bestimmungen, die bei Erledigung der Verbandsgeschäfte zu beachten sind, zusammengefaßt und erläutert, so daß dasselbe allen Funktionären des Verbandes ein willkommener und zuverlässiger Ratgeber sein dürfte.

Das Handbuch muß in allen Zahlstellen und bei allen Gauvorständen vorhanden sein und allen Funktionären des Verbandes zur Verfügung stehen.

3. Auch die neugefalteten **Unterstützungseintragebücher** sind gleichzeitig allen Zahlstellen und Gauvorständen zugesandt, und zwar je eins für Arbeitslosenunterstützung am Ort, für Arbeitslosenunterstützung auf der Reise und für Krankenunterstützung.

Wir bitten, die neuen Eintragebücher möglichst gleich in Gebrauch zu nehmen, dabei aber zu beachten, was im Handbuch auf den Seiten 99—101 und 219—222 über die Benutzung derselben gesagt ist.

Um Irrtum zu vermeiden weisen wir noch besonders darauf hin, daß die Krankenunterstützung nach den Sätzen der 2., 3. und 4. Beitragsklasse vor dem 1. Oktober d. J. nicht zur Auszahlung kommen kann, daß also die Muster-einträge im Eintragebuch für Krankenunterstützung dem Stand im 4. Quartal d. J. entsprechen.

4. Die **Berichtskarten** für das Kaiserliche Statistische Amt sind, sofern solches noch nicht geschehen ist, sogleich an uns einzusenden. Die Karten können für die diesmalige Zusammenstellung nur dann noch Verwendung finden, wenn sie spätestens am Montag, den 13. d. M., früh morgens bei uns eingehen.

5. Der **Zahlstelle Erfurt** ist die Erhöhung des Lokalbeitrages für männliche Mitglieder von 5 auf 10 Pf. genehmigt worden.

6. Die **Mitglieder**  
Joseph Veller mit Buchnr. 48 669,  
Wilhelm Bonn mit Buchnr. 56 087,  
Heinrich Brück mit Buchnr. 36 905,

Theodor Buchholz mit Buchnr. 52 675,  
Ludwig Crollh mit Buchnr. 46 497,  
Karl Dingeldey mit Buchnr. 2469,  
Paul Eckhardt mit Buchnr. 58 719,  
Arthur Franke mit Buchnr. 8219,  
Mois Knödelmayr mit Buchnr. 12 531,  
Georg Winkler mit Buchnr. 40 981,

erfuchen wir, ihre Mitgliedsbücher zur Kontrolle an uns einzusenden. Die örtlichen Funktionäre werden gebeten, obige Mitglieder auf diese Bekanntmachung hinzuweisen, und deren Mitgliedsbücher bei eventuellem Vorzeigen anzuhalten und an uns einzusenden.

Der **Verbandsvorstand.**

## Der 6. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

II.

Der Kongreß, der im festlich geschmückten großen Saale des Hamburger Gewerkschaftshauses tagte, war besetzt von 324 Delegierten, welche 1888 172 organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen vertraten. In seiner Eröffnungsrede konnte der Vorsitzende der Generalkommission mit besonderer Genugtuung auf die außerordentliche Entwicklung der freien Gewerkschaften Deutschlands hinweisen, die selbst die optimistischsten Erwartungen weit überstrahlen.

Nach Erledigung der rein geschäftlichen Angelegenheiten, als da sind Wahl des Bureaus, Festsetzung der Geschäftsordnung, Festsetzung der endgültigen Tagesordnung, Wahl der Mandatprüfungskommission und einer Redaktionskommission usw., die samt und sonders nur eine kurze Spanne Zeit in Anspruch nahmen, trat der Kongreß in die Beratung der eigentlichen Tagesordnung ein, deren erste Stelle der Rechenschaftsbericht der Generalkommission einnahm. Genosse Regien ergänzte den gedruckt vorliegenden Bericht im allgemeinen, Genosse Kube speziell den kassentechnischen Teil, während Fr. Altman in überaus instruktiver Weise über das Arbeiterinnensekretariat referierte. Eine Debatte entspann sich nur über die Gründung einer gewerkschaftlichen Frauenzeitung. Anlässlich des Verbandstages der Textilarbeiter hatte der Vertreter der Generalkommission in privatem Gespräch eine Äußerung fallen lassen, aus der entnommen worden war, daß die Generalkommission sich mit dem Plane der Gründung einer gewerkschaftlichen Frauenzeitung beschäftige. Der Vorstand des Textilarbeiterverbandes war gegen diesen Plan Sturm gelaufen, obgleich — nach den Ausführungen Regiens — innerhalb der Generalkommission ein solcher Plan vorläufig noch nicht bestünde. Immerhin, die Frage ist nunmehr angeschnitten und wir glauben nicht fehl zu gehen, wenn wir der Ansicht Ausdruck geben, daß dieser Plan über kurz oder lang verwirklicht werden wird. Die „Gleichheit“, daran dürfte von keiner

Seite gezweifelt werden, ist eine hervorragende Frauenzeitung und alle die würden Unrecht tun, welche da annehmen, daß der Plan der Generalkommission ein Mißtrauen gegen die „Gleichheit“ bedeute oder einer Geringschätzung gleichkomme. Das kann nicht der Fall sein, denn die Bedeutung der „Gleichheit“ ist allseitig anerkannt. Aber das Gros unserer Arbeiterinnen muß, soll es den Inhalt der „Gleichheit“ verstehen, erst dazu vorgebildet werden. Man bedenke hierbei, daß von den im Jahre 1906 der Gewerbeaufsicht unterstellten 1 095 800 Arbeiterinnen erst rund 120 000 freigewerkschaftlich organisiert waren. Soll nun bei dem großen Heer der Indifferenten mit Hilfe eines Frauenblattes wirksame und erfolgreiche Agitation getrieben werden, dann ist es notwendig, daß der Inhalt dieser Frauenzeitung so gestaltet ist, daß er von dem Gros dieser Indifferenten verstanden wird. Ob man dies von der Gleichheit sagen kann, ist eine Frage für sich und es gibt Leute, wie die Zwischenrufe auf dem Gewerkschaftskongreß bewiesen, welche sie verneinen.

In der nun folgenden Abstimmung wird zunächst eine vom Vorstand des Handlungsgehilfenverbandes eingebrachte Resolution betreffend die Bewegung der Privatangestellten angenommen. Diese Resolution charakterisiert sich als Sympathieumgebung für die Bestrebungen der Privatangestellten, die besonders schwer unter dem in diesen Kreisen grassierenden Standesdünkel zu leiden haben. Zwei Anträge, welche sich mit der Agitation unter den fremdsprachlichen Arbeitern beschäftigen und die Gründung einer Gewerkschaftszeitung in polnischer Sprache fordern — trotzdem schon eine solche besteht — wurden der Generalkommission und der Zentralvorstandskonferenz zur Erledigung überwiesen. Ein Antrag der Generalversammlung des Verbandes der Lithographen und Steindruckere: „Der Gewerkschaftskongreß wolle beschließen: Bei größeren Aussparungen, wo die Generalkommission das finanzielle Eingreifen sämtlicher organisierter Arbeiter für nötig hält, ist anstatt der Sammellisten eine wöchentliche Kopfstener für sämtliche organisierten Arbeiter in den Gewerkschaften auszusprechen“, wurde vom Vorsitzenden des antragstellenden Verbandes zurückgezogen, da nach einer Erklärung des Vorsitzenden der Generalkommission die Frage der Streikunterstützung die nächste Zentralvorstandskonferenz beschäftigen wird.

Ueber die Agitation unter den Dienstboten referierte Fr. Grünberg, Nürnberg. Die Forderungen, die nach Ansicht der Referentin zu einer Gesundung der Verhältnisse der Dienstboten führen, sind von ihr in einer Resolution niedergelegt worden, welche einstimmige Annahme fand. Diese Resolution ermahnt die Generalkommission, der Dienstbotenbewegung die vollste Aufmerksamkeit zu

nahmen und beauftragte sie gleichzeitig, eine Dienstbotenkonferenz einzuberufen, damit über eine einheitliche Agitation zur Hebung der sozialen Lage der Dienstboten beraten werden kann. Der Kongreß erachtete es als eine dringende Notwendigkeit, daß die Gefundenordnungen und Dienstbücher beseitigt werden und volle Koalitionsfreiheit für die Dienstboten und ländlichen Arbeiter eingeführt wird, als wie auch, daß die Dienenden der Gewerbeordnung unterstellt werden und die Ausdehnung aller Versicherungsgesetze auf sie erfolgt. Die Generalkommission wurde ferner beauftragt, die einzelnen Gewerkschaftskartelle zu veranlassen, aller Orten, wo nur irgend möglich, Dienstbotenvereine zu gründen. Das Referat der Genossin Grünberg gab einen Einblick in die oftmals geradezu trostlose Lage der Angehörigen des dienenden Standes.

Eine längere Debatte verursachte der Punkt Heimarbeiterschutz. Hierzu lagen zwei Anträge resp. Resolutionen vor. Die eine dieser besagte, daß die in der Gewerkschaftsorganisation zusammengeschlossenen Mitglieder verpflichtet sind, ihre Frauen und Töchter, welche in gewerblichen Betrieben oder Heimarbeit beschäftigt sind und durch ihre Nichtorganisation den Fortschritt in den in Frage kommenden Gewerben (Konfektion, Tabakindustrie usw.) hemmen, den in diesen Gewerben existierenden Gewerkschaftsorganisationen zuzuführen. In der zweiten Resolution war das Verlangen nach reichsgesetzlicher Regelung des Heimarbeiterschutzes gestellt und als Mindestmaß dessen, was zum Schutze der Heimarbeit zu geschehen hat, die vom ersten Heimarbeiterschutzkongreß im Jahre 1904 gestellten Forderungen bezeichnet. Beide Resolutionen fanden Annahme, nachdem Vertreter der besonders unter den Schäden der Heimarbeit leidenden Berufe dazu gesprochen und durchweg die Resolutionen empfohlen hatten.

Den Bericht der Kommission für die Befreiung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber erstattete Blum, der Zentralvorsitzende des Verbandes der Sattler. Er skizzierte das Arbeiten dieser Kommission und beleuchtete die Schwierigkeiten, die einer Ausrottung dieses Grundübels der rückständigen Entlohnungsweise entgegenstehen. Die von dem Kost- und Logiszwesen besonders Leriührte Nahrungsmittelindustrie allein bestritt die Kosten der Debatte, und manch ekelregendes

Bild konnte von ihnen dem Kongreß vor Augen geführt werden. Vertreter der Fleischer, Hotel- diener und Wäcker zeigten aus der Praxis, daß der Kost- und Logiszwang zu den unwürdigsten Zuständen gehört und seine endgültige Ausrottung ein wahrer Segen für die Arbeiterschaft bedeutet. Die dem Kongreß vorgelegte und von diesem angenommene Resolution bezieht sich zunächst auf die Beschlüsse des stöner Kongresses zu der gleichen Materie und verlangt sodann die reichsgesetzliche Regelung der Kost- und Logisfrage. Der Kongreß forderte die völlige Aufhebung des zweiten Absatzes des § 115 der Gewerbeordnung, so daß in Zukunft die Arbeitgeber verpflichtet sind, die Löhne ihrer Arbeiter nur in Reichswährung zu berechnen und in bar auszuzahlen. Bis eine gesetzliche Regelung dieser Materie erfolgt ist, sollen die Regierungen geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Auswüchse dieses Systems nach Möglichkeit einzudämmen. Insbesondere sind die Gemeindeverwaltungen anzuweisen, durch eine gesunde Wohnungsreform und die Einführung einer geregelten Kontrolle der Schlafräume den Gefahren vorzubeugen, denen die vom Kost- und Logiswesen betroffenen Arbeiter und zum großen Teile auch das konsumierende Publikum ausgesetzt sind. Die sofortige Ausdehnung der jetzt schon bestehenden behördlichen Vorschriften für das Wohnwesen auf die Schlafräume der beim Arbeitgeber wohnenden Arbeiter erklärt der Kongreß für eine dringende Notwendigkeit.

Nach Erledigung der Kost- und Logisfrage kam der Kongreß zu dem wohl allseitig mit der größten Spannung erwarteten Punkt Maisfeier. Ein Referent war hierzu nicht vorgegangen und die Diskussion setzte ein mit der Begründung der vorliegenden 4 Anträge; zur Diskussion stand ferner noch das bekannte Abkommen der Generalkommission mit dem Parteivorstand zwecks Regelung der Unterstützungsfrage. Die Debatten hoben sich gegen die übrigen Reden, die der Kongreß seither gehört hatte, gar merklich ab. Der Versuch, der Diskussion eine Wendung zu geben, die eine klipp und klare Stellungnahme des Kongresses für oder gegen die Arbeitsruhe zur Folge haben mußte, wurde vom Vorsitzenden der Generalkommission vereitelt, indem er auf die Beschlüsse der internationalen Kongresse hinwies, die allein eine Aenderung der Maisfeierfrage herbeiführen können. So blieb nur noch

die Unterstützungsfrage übrig und der Kongreß erledigte auch diese, indem er die Vereinbarung der Generalkommission mit dem Parteivorstand gegen wenige Stimmen sanktionierte, die Generalkommission aber zugleich beauftragte, erneut mit dem Parteivorstand in Verbindung zu treten, um zu prüfen, ob nicht doch eine anderweitige Regelung der Unterstützungsfrage möglich ist. Für den letzten Teil stimmten 178 Delegierte gegen 101, welche sich dagegen aussprachen. Ueber den Antrag des Gewerkschaftskartells zu Zürich, in Zukunft von der Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe Abstand zu nehmen, ging der Gewerkschaftskongreß zur Tagesordnung über, da er zur Erledigung dieses Antrages nicht kompetent ist.

Mit dem Zentralarbeitersekretariat befaßte sich der dritte Punkt der Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses. Den Bericht über die Tätigkeit dieser Institution erstattete Robert Schmidt, während Genosse Lesche über „Die Vertretung der Rechtssuchenden durch die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre vor den Gerichten“ ein sehr instruktives Referat hielt. Nach kurzer Diskussion nahm der Kongreß die von Lesche unterbreitete Resolution an. In dieser Resolution wird ein Gesetz gefordert, welches bestimmt, daß Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre zur Vertretung Rechtssuchender bei den Gerichten zugelassen werden müssen. Begründend wird in der Resolution gesagt, daß die in Frage kommenden Rechtssuchenden fast durchweg weder Zeit, Mittel noch Vorbildung genügend besitzen, um auf allen Gebieten der Rechtssprechung ihre Interessen hinreichend wahren zu können, während die Berufsgenossenschaften, Versicherungsanstalten, Krankenkassen, Dienstherren und so weiter in der Lage sind, ihre Interessen durch juristisch vorgebildete Vertreter wahrnehmen zu lassen, und die Bestimmung im Gewerbegerichtsgesetz, wonach Rechtsanwälte von der Vertretung der Parteien ausgeschlossen sind, für die Arbeiter dadurch an Bedeutung verliert, daß die Arbeitgeber resp. deren Geschäftsführer durch Vorbildung und öfteres Verhandeln vor den Gewerbe- bzw. Kaufmannsgerichten gegenüber den Arbeitern hinsichtlich der Kenntnis des formalen Rechts ohnedies im Vorteil sind.

Mit der Erledigung dieses Punktes ist die Berichterstattung der Generalkommission und der ihr angeschlossenen Körperschaften erledigt und wird dieser einstimmig Entlastung erteilt.

### Der Vagabund.

Von M. Gorjij.

1.

#### Die Begegnung mit Ihm.

In der Dunkelheit gegen Bäume tappend, schritt ich tapfer über Schmutzlachen von Haus zu Haus, hoffte leise mit dem Finger an die Fenster und ließ den Ruf ertönen: „Erlaubt einem Wanderer zu übernachten!“

Als Antwort darauf wurde ich zum Nachbar, ins Asyl oder „zum Teufel“ geschickt; aus dem einen Fenster heraus wurde mir versprochen, die Hunde auf mich zu heben, aus dem anderen wortlos, aber berebt eine große Faust gezeigt. Ein Weib aber rief mir zu: „Geh weg, geh weiter, solange Du noch heil bist! Mein Mann ist zu Hause!“

Ich sah das so auf: augenscheinlich empfing sie Nachtlagerer nur in Abwesenheit ihres Mannes. . . ich bedauerte, daß er zu Hause war und ging zum nächsten Fenster.

„Ihr guten Leute! Lasset einen Wanderer übernachten!“

Es wurde mir die liebevolle Antwort: „Geh mit Gott weiter!“

Das Wetter aber war schlecht. Es fiel ein feiner, kalter Regen, über dem schmutzigen Erdboden lagerte dicke Dunkelheit. Die und da kam ein plötzlicher Windstoß; er fing sich stöhnend in den Nesten der Bäume, raschelte mit dem nassen Stroh auf den Dächern und erzeugte eine traurige Melodie, die Schritte der Nacht durch die feuchenden und ächzenden Laute unterbrechend. Beim Anhören dieser wech-

mütigen Präludie zu dem rauhen Poem, welches man Herbst nennt, waren die Leute, die sich unter Dach befanden, wohl mitgestimmt und ließen mich deshalb nicht zu sich herein für die Nacht. Ich kämpfte lange gegen diesen ihren Beschluß, sie aber widersetzten sich mir hartnäckig und vernichteten schließlich meine Hoffnung auf ein Nachtlager unter Dach.

Da ging ich aus dem Dorf ins Feld, in der Meinung, daß ich vielleicht dort einen Heu- oder Strohhaufen finden würde — wenn mir ein solcher auch nur durch einen Zufall in dieser dichten und drückenden Finsternis vor Augen kommen konnte.

Da sehe ich, daß drei Schritte weit von mir sich etwas Großes erhebt, noch dunkler, als die Dunkelheit selbst. Ich gehe hin und komme auf die Idee, daß dies etwas wohl ein Getreidemagazin sein müsse. Die Getreidemagazine werden nicht direkt auf der Erde, sondern auf Pfählen oder Steinen gebaut; zwischen dem Boden des Magazins und der Erde befindet sich ein Zwischenraum, wo ein anständiger Mensch leicht hineingeht — man muß sich nur auf den Bauch legen und darunterkriechen. Augenscheinlich wollte es das Schicksal, daß ich diese Nacht nicht nur unter Dach, sondern auch unter dem Boden verbringen sollte. Ich war's zufrieden und kroch in meinen Unterschlupf hinein, auf der trockenen Erde mit der Brust und den Hüften einen bequemen Platz zum Lagern auffindend.

Plötzlich ertönte in der Dunkelheit eine ruhig warnende Stimme: „Halten Sie sich mehr nach links, Verehrtester!“

Zu befürchten schien dabei nichts, aber wirklich unerwartet war es doch.

„Wer da?“ frug ich.  
„Ein Mensch. . . mit einem Stod. . .“  
„Einen Stod habe ich auch. . .“  
„Wahrscheinlich auch Zündhölzer?“  
„Auch diese.“  
„Das ist gut.“

Ich sah darin nichts Gutes, denn meiner Ansicht nach wäre es gut gewesen, wenn ich Brot und Tabak gehabt hätte und nicht nur Zündhölzer.

„Nun, gibt man im Dorf kein Nachtlager?“ frug mein unsichtbarer Nachbar.

„Nein,“ sagte ich.

„Mir hat man auch keins gegeben.“

Das war klar — wenn er überhaupt um ein Nachtlager gebeten hatte. Er hatte aber vielleicht gar keins gesucht, sondern war möglicherweise nur deshalb hier hereingekrochen, um den geeigneten Moment zur Vollführung irgend eines riskanten Waagnisses abzuwarten, das unbedingt vom Mantel der Nacht bedeckt bleiben mußte. Natürlich, eine jede Müheleistung ist ja Gott wohlgefällig, aber dennoch beschloß ich, meinen Stod fest in der Hand zu behalten.

„Nicht hereingelassen haben sie mich — die Unholde!“ wiederholte die Stimme. „Schafsköpfe! Bei gutem Wetter lassen sie einen herein — bei einem solchen aber — nicht um die Welt!“

„Wohin gehen Sie denn?“ frug ich.

„Nach Nikolajew. Und Sie?“

Ich sagte es.

„Dann sind wir Weggenossen. Zünden Sie mal ein Zündholz an, ich möchte rauchen.“  
Die Zündhölzer waren feucht geworden. . . ich rieb lange und ungeduldig an den Brettern über

## Der deutsche Buchbinderverband im Jahre 1907.

Der Jahresbericht unseres Verbandes für das Jahr 1907 liegt nunmehr vor. Das spätere Erscheinen des Berichts muß zurückgeführt werden auf die Herausgabe des „Handbuch für die Bevollmächtigten“, welches ebenfalls in diesen Tagen zum Versand gekommen ist.

Die verflossene Zeit hat gelehrt, daß unser Buchbinderverband nichts gemein hat mit sprunghaftem Vorwärtkommen, welchem oft, sehr oft sogar, als überaus unangenehme Begleiterscheinung ein Rückschlag auf dem Fuße folgt, sondern die Geschichte unseres Verbandes zeigt, daß sich die Organisation der Buchbinder und verwandter Berufe ruhig und durchaus solide aus sich selbst heraus entwickelt hat. Seine äußere Stärke, dargestellt durch die Zahl seiner Mitglieder, hat sich mit zwei Ausnahmen in den Jahren 1897 und 1901 regelmäßig durch einen gesunden Zuwachs gehoben. Auch das verflossene Jahr 1907 macht von dieser Regel keine Ausnahme. Der Zuwachs an Mitgliedern, welchen unsere Organisation zu verzeichnen hat, beträgt 1588, er ist also noch ganz wesentlich höher als die durchschnittliche Jahreszunahme der letzten zwölf Jahre, welche sich auf 1383 Personen stellt. An dieser Zunahme von 1588 Personen partizipieren unsere Kollegen mit 924 und unsere Kolleginnen mit 664 Mitgliedern. Bereits im vorjährigen Bericht war Veranlassung genommen worden, die überaus große Fluktuation der Mitglieder zu geißeln. Das gleiche müßte auch wieder in diesem Jahre geschehen, denn nicht weniger als 83¼ Proz. der im Laufe des Jahres Eingetretenen gingen der Organisation wieder verloren. Dieses nicht gerade erfreuliche Resultat muß uns aufmuntern, unablässig danach zu streben, die neueingetretenen Mitglieder aufzuklären und ihnen die Notwendigkeit des Vereintseins in gewerkschaftlichen Organisationen begreiflich zu machen. Dabei müssen wir uns vor allem an unsere Kolleginnen wenden, was nachstehende Uebersicht beweisen mag. Es traten dem Verbands bei:

	männlich	weiblich	zusammen
im 1. Quartal . . .	846	1196	2042
„ 2. „ . . .	1029	1009	2038
„ 3. „ . . .	1266	1524	2790
„ 4. „ . . .	1041	1560	2601
<b>Summa</b>	<b>4182</b>	<b>5289</b>	<b>9471</b>

Am Jahresanfang waren Mitglieder vorhanden 11 850 männliche und 8621 weibliche, am Jahreschluß dagegen 12 774 männliche und 9285 weibliche, so daß das obenstehende Resultat: Zuwachs an männlichen Mitgliedern: 924 und an weiblichen Mitgliedern: 664 erzielt ist.

meinem Kopf. Da schließlich leuchtete ein kleines Feuer auf und aus der Dunkelheit blickte ein bleiches Gesicht mit einem dichten schwarzen Bart hervor.

Die großen klugen Augen sahen mich spöttisch an, dann blinzelte unter dem Schnurbart die weißen Zähne hervor und der Mann sagte zu mir: „Wollen Sie auch rauchen?“

Das Zündholz war ausgebrannt. Ein anderes wurde angezündet und bei dessen Licht sahen wir uns nochmals an, worauf mein nächstlicher Gesellschafter mit Bestimmtheit erklärte: „Nun, wir brauchen uns, glaube ich, voreinander nicht zu genieren . . . nehmen Sie eine Zigarette . . .“

Er hatte auch eine im Munde und beleuchtete dieselbe sein Gesicht mit einem rötlichen Scheine. Um die Augen und auf der Stirn dieses Menschen lagen viele tiefe und fein eingeschnittene Furchen. Vorher hatte ich beim Aufleuchten des Zündholzes bemerkt, daß er mit den Fingern eines alten wattierten Ueberziebers hantelte und ein Stiefel, aus einem Stück Leder gearbeitet, trug, „Kolben“, wie man sie im Dongebiet nennt.

„Sie sind Pilger?“ frug ich.  
 „Ja, ich wandere. Und Sie?“  
 „Ebenfalls.“

Er machte eine Bewegung und dabei ertönte ein metallischer Klang, augenscheinlich war es eine Zeeleane oder ein Kesselfchen, diese unentbehrlichen Attribute eines jeden Pilgers zu den geweihten Stätten; aber in seinem Ton lag auch kein Schatten jener fuchsbartigen Frömmelci, die den Wettepilger stets herzurät, in seiner Stimmene Klang nicht jenes listig-Salbungsvolle und einstweilen mengte er in

Trocknem also erheblich mehr weibliche Mitglieder dem Verbands beitraten, ist doch der Zuwachs an solchen geringer als bei den männlichen Mitgliedern. Das sollte gerade unsere weiblichen Mitglieder veranlassen, aus der beobachteten Reserve herauszugehen und selbst mitzuwirken, ihre Schicksalsgenossinnen auf die Gefahren, welche Indolenz und Indifferentismus im Gefolge haben, hinzuweisen. Die Frau und das Mädchen, wie sie in unserem Verbands organisiert sind, müssen sich aufrufen und nicht ruhen, bis ihre Freundin, ihre Schwester sich ebenfalls mit ihresgleichen verbindet, um nicht mehr schuldlos der Willkür der Unternehmer preisgegeben zu sein. Natürlich sind es nicht nur unsere Kolleginnen, denen wir diesen ernst und dringenden Rat geben möchten, sondern auch unsere Kollegen müssen aufgemuntert werden, in ständiger Fühlung mit den Unorganisierten zu bleiben, fortgesetzte Aufklärungsarbeit zu betreiben und den Organisationsgedanken in immer größere Kreise dringen zu lassen. Gerade die wirtschaftliche Misere zeigt es wieder, daß nur eine starke, festgefügte Organisation imstande ist, dem Ansturm der Unternehmer zu trotzen. Würde, um ein Beispiel anzuführen, unsere Wrozheimer Kollegenschaft den Etuisfabrikanten wirksamen Widerstand entgegensetzen können, wenn nicht die Organisation als wirksames Bindemittel diese Hunderte von Kollegen und Kolleginnen zusammenhielte, wenn nicht der Buchbinderverband in dieser schweren Zeit schützend und hilfsbereit hinter ihnen stände? Wir glauben kaum, und darum sollte der Warnungsruf nicht ungehört verhallen, der dahin geht, nicht nachzulassen, sondern in regem Eifer weiterhin für die Organisation zu arbeiten. Mit dem Bemerkten, daß der Buchbinder-Verband am Schluß des Jahres 1907 108 Zahlstellen zählte, daß 5 neu gegründet und 2 aufgelöst werden mußten, können wir das erste Kapitel des Jahresberichts verlassen.

Der nächstfolgende Abschnitt läßt die einzelnen Gauen und die von diesen geleistete Verbandsarbeit in großen Zügen Revue passieren, um dann zum Hauptteil, den Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen überzugehen. Es würde natürlich zu weit gehen, sollten an dieser Stelle alle die einzelnen Lohnbewegungen mit und ohne Arbeitseinstellung und die Ausperrungen erwähnt werden. Die genaue Registrierung der einzelnen Fälle ist ja Sache des Berichts selbst. Es mag genügen, hier festzustellen, daß weit über 600 Betriebe von Lohnbewegungen mit und ohne Streiks oder von Ausperrungen berührt wurden. Die an Streiks und Ausperrungen beteiligten 1061

seine Rede weder Seufzer noch Zitate aus der Heiligen Schrift. Ueberhaupt ähnelte er jenen professionellen Pilgertrölkern nicht — dieser schlimmsten Abart des „wandernden Rußland“, die nicht nur wegen ihrer moralischen Eigenschaften am schädlichsten ist, sondern auch deshalb, weil sie durch eine Unmenge Lügen und Aberglauben das geistighungernde Landvolk vergiftet. Zudem wanderte er ja auch nach Nikolaeiv, wo es weder Heiligtümer noch Reliquien gibt.

„Woher kommen Sie?“ frug ich.

„Aus Astrachan.“

In Astrachan gibt es auch keine Reliquien. Ich frug ihn also: „Also Sie wandern von Meer zu Meer und nicht nach den geweihten Stätten?“

„Auch diese besuche ich. Warum soll ich die geweihten Stätten nicht besuchen? Sogar mit Vergnügen . . . dort wird man immer gut gefüttert — besonders, wenn man mit den Mönchen gut Freund wird. Unferrens steht bei denen in großem Ansehen, da wir Abwechslung in ihr Leben und Treiben bringen. Wie denken Sie darüber?“

Ich sprach meine Ansicht aus.

„Ja, das sind Futterstationen. — Und woher kommen Sie?“

„D, das ist eine weite Strecke. Zünden Sie ein Zündholz an — rauchen wir noch. Wenn man raucht, fühlt man sich wohl.“

Es war wirklich kalt, sowohl des Windes wegen, der von Zeit zu Zeit froh zu uns hereinblies, als auch infolge der durchdränkten Kleidung.

„Sie wollen vielleicht essen? Ich habe Brot, Kartoffeln und zwei gebratene Raben — soll ich damit herausrücken?“

Personen hatten insgesamt 12 628 Tage Arbeitszeitverlust und 34 110 Mk. Lohnneinbuße. Erreicht wurde durch die Lohnbewegungen und Streiks eine Arbeitszeitverkürzung für 1909 Personen von 160 680 Stunden pro Jahr, eine Lohnerhöhung oder Abmehre von Lohnverkürzung für 2857 Personen von 210 496 Mk. Die Kosten aller dieser Bewegungen beliefen sich inklusive der Maßregelungsunterstützungen auf 39 769,77 Mk. Betrachten wir die überaus ungünstige wirtschaftliche Lage des Vorjahres, dann dürfen wir uns ob unserer Erfolge einer aufrichtigen Freude hingeben, zeigen diese doch, daß der Buchbinder-Verband auch in wirtschaftlich ungünstigen Zeiten mit Nachdruck und mit Erfolg die Interessen seiner Mitglieder verfolgt.

Das folgende Kapitel befaßt sich mit dem Verbandstag und seinen Beschlüssen und erübrigt es sich, hier näher darauf einzugehen, nachdem ja seinerzeit in ausführlicher Weise über den Verbandstag berichtet worden war. Des eingehenden Studiums wert sind ferner die Kapitel über: „Die Beziehungen zum Verband deutscher Buchbinderbesitzer“, „Unser Verhältnis zu den sonstigen Arbeitgebervereinigungen unseres Gewerbes“, „Zarischiedsgerichte und Tariffamt“, sowie „Unsere Beziehungen zu anderen gewerkschaftlichen Organisationen“.

Sodann erhalten wir Aufschluß über die Finanzgebarung unseres Verbandes im verflossenen Jahre. An Eintrittsgelder sind zu verzeichnen 3636,55 Mk., an Beiträge von männlichen Mitgliedern 1173 a 30 Pf., 445 644 a 45 Pf., 44 007 a 50 Pf. und 105 931 a 60 Pf., insgesamt 596 755 Beiträge, welche 286 453,80 Mark Einnahme brachte. Die weiblichen Mitglieder entrichteten 330 641 Beiträge a 20 Pf. und 61 348 a 30 Pf., insgesamt 391 989 Beiträge, welche 84 532,60 Mk. Einnahme zeitigten. Von den am Jahreschluß vorhandenen Mitgliedern steuern in der ersten Beitragsklasse 4064, in der 2. Klasse 5221 weibliche und 110 männliche, in der 3. Klasse 3725 und in der 4. Klasse 8939 Mitglieder. Die weiteren Einnahmen beziffern sich aus 301,50 Mk. Extrabeiträgen, 3279,60 Mk. an Beiträgen für die Jubiläumsunterstützung, 1560 Mk. Zinsen 2812,54 Mk. aus dem Verbandsorgan und 2940,95 Mk. an diversen Einnahmen. Die Gesamteinnahmen der Verbandskasse betragen inklusive des Bestandes vom 1. Januar 1907 426 609,81 Mk.

Unter den Ausgaben des Verbandes nehmen die für Arbeitslosenunterstützung die erste Stelle ein. An 2809 Personen wurden für 76 828 Tage 82 508,03 Mk. Unterstützung ausgezahlt. Gegenüber dem Jahre 1906 bedeutet dieses eine Stei-

„Mit gebratenen Raben?“ frug ich neugierig.  
 „Die essen Sie wohl nicht? Da tun Sie unrecht . . .“

Er gab mir ein großes Stück Brot.

„Ich habe Raben nie probiert . . .“

„Hier — versuchen Sie. Im Herbst sind sie äußerst schmackhaft. Und dann ist es viel angenehmer, einen eigenhändig geangelten Raben zu essen, als Brot oder Speck, das einem von der Hand des Nächsten aus dem Fenster von dessen Hause gereicht ist . . . Welch letzteres man immer, nach Empfang des Almosen, anzünden möchte . . .“

Er hatte wohl gesprochen — wahr und treffend. Der Rabe als Speise war mir neu, die Sache wunderte mich aber nicht — ich wußte, daß die Bettler in Odesa Ratten und in Kostow Schnecken essen. Davon ist nichts Unwahrscheinliches. Selbst die Pariser haben während der Belagerung verschiedenes Dreckzeug gegessen, und es gibt Menschen, die sich zeit ihres Lebens im Belagerungszustand befinden.

„Wie fangen Sie denn die Raben?“ erkundigte ich mich.

„Nicht mit dem Munde natürlich. Man kann sie mit dem Stock oder mit einem Steine todschlagen, aber besser ist es, sie zu angeln. Man bindet an das Ende einer langen Schnur ein Stück Speck, Fleisch oder eine Brotkruste, der Rabe schnappt danach, schluckt und man hat ihn! Wenn man ihn damit den Hals umgedreht hat, rupft man ihn, nimmt ihn aus und brät ihn am Spieß.“

„Wie schön wäre es, jetzt am Feuer zu sitzen!“ seufzte ich.

(Fortsetzung folgt.)

gerung von 392 Personen, 18 881 Tagen und 21 594,88 Mk. Krankenunterstützung wurde an 1734 weibliche Mitglieder für 64 735 Tage 18 694 Mk. ausgezahlt. In Unterstützungen infolge außergewöhnlicher Notlage wurden insgesamt 286 Mk. bewilligt. Für Hinterbliebenen-Unterstützung kamen 1908 Mk. zur Auszahlung. Umzugsunterstützung erhielten 74 Mitglieder zusammen 2605 Mk. Die Ausgaben für Rechtsschutz, Gerichts- und Anwaltskosten belaufen sich auf 2562,59 Mk. Zur Bestreitung lokaler Ausgaben verblieben den einzelnen Zahlstellen und Gauen 51 300,36 Mk. Für Agitation, Agitationsmaterial sowie für Gehälter der zwei Bezirksleiter wurden 11 490,87 Mk. aufgewandt. Die Verwaltungskosten persönlicher Art verursachten einen Aufwand von 15 986,64 Mk. und die sachlicher Art einen solchen von 12 978,99 Mk. Dazu kamen noch 124,05 Mk. für Invalidenkarten und -Marken. Die „Buchbinder-Zeitung“ verursachte einen Kostenaufwand von 29 606,41 Mk. Die durchschnittliche Auflage betrug im 1. Quartal 22 527 Exemplare, im zweiten 22 865, im dritten 23 161 und im 4. Quartal 24 481 Exemplare. Der Mitgliederbestand betrug im Jahresdurchschnitt jedoch nur 21 200, woraus ersichtlich wird, daß allwöchentlich im Durchschnitt 2058 Zeitungen mehr gedruckt und versandt werden, als Mitglieder vorhanden sind.

Der Verbandstag und die internationalen Verbindungen verursachten eine Ausgabe von 14 114,14 Mk. Die Ausgaben, die für die Aufrechterhaltung des Dreistädte-Tarifs und für die Herausgabe einer neuen Auflage desselben erwachsen, beziffern sich auf 3874,90 Mk. An die Generalkommission wurden 5593,40 Mk. abgeführt. An Unterstützungen an Streiks und Aussperrungen sowie für Mahregelungsunterstützung wurden 39 769,77 Mk. ausgegeben, so daß sich die Gesamtausgaben der Verbandskasse auf 294 249,36 Mk. stellen. Die Hauptkasse hatte am Jahresluß ein Vermögen von 132 360,45 Mk., die Lokalkassen wiesen 122 649,23 Mk. auf, so daß sich das gesamte Verbandsvermögen auf 255 009,68 Mk. beziffert.

Prozentual gestalten sich die gesamten Einnahmen und Ausgaben des Verbandes in folgender Weise: Die Einnahmen bestehen aus 0,9 Proz. Eintrittsgeldern, 96,3 Proz. Beiträgen und Extrabeiträgen, 0,9 Proz. Beiträgen für die Invalidenunterstützung, 0,4 Proz. Zinsen, 0,7 Proz. aus dem Verbandsorgan und 0,8 Proz. Diverfes. Verwendet wurden von den Einnahmen 21,4 Proz. für Arbeitslofenunterstützung, 4,9 Proz. für Krankenunterstützung, 0,1 Proz. für Unterstützung in besonderen Notfällen, 0,5 Proz. für Hinterbliebenen-Unterstützung, 7,1 Proz. für Streiks und Lohnbewegungen, 3 Proz. für Gemahregelungsunterstützung, 0,7 Proz. für Rechtsschutz, 0,7 Proz. für Umzugsunterstützung, 13,3 Proz. für Ausgaben der örtlichen Bevollmächtigten, 3 Proz. für Agitation, 4,2 Proz. für persönliche und 3,4 Proz. für sachliche Verwaltung, 3,7 Proz. für den Verbandstag und internationale Verbindungen, 1 Proz. für Tarifangelegenheiten, 1,5 Proz. für Beitrag an die Generalkommission, 7,4 Proz. für das Verbandsorgan, 0,2 Proz. für Verluste. Der verbleibende Uberschuß ist gleich 23,8 Proz. der Einnahmen.

Die Beitragsleistung hat sich im Jahre 1907 wiederum um etwas, wenn auch nicht viel, gebessert, und zwar sind es die weiblichen Mitglieder, welche mit durchschnittlich einer Restwoche pro Mitglied gegen 1,3 im Vorjahre besser abschneiden, während die männlichen mit 1,3 Restwochen pro Mitglied den gleichen Stand beibehalten haben.

Lokalbeiträge erheben von den 108 Zahlstellen 80, und zwar von den männlichen Mitgliedern 4 Zahlstellen 10 Pf. pro Monat, 62 Zahlstellen 5 Pf. pro Woche, 2 Zahlstellen 8 Pf., 7 Zahlstellen 10 Pf., 4 Zahlstellen 15 Pf. und 1 Zahlstelle 20 Pf. pro Woche. Von den weiblichen Mitgliedern erheben 1 Zahlstelle 5 Pf. und 4 Zahlstellen 10 Pf. pro Monat, 1 Zahlstelle 3 Pf. und 20 Zahlstellen 5 Pf. pro Woche. Außerdem zahlen die männlichen Mit-

glieder in Leipzig, die zugleich auch dem Fachverein angehören, an diesen 20 Pf. und die weiblichen 5 Pf. pro Woche Beitrag. Von den 17 Gauen erheben 4 von den Einzelmitgliedern besondere Beiträge, und zwar 1 Gau 5 Pf. pro Mitglied und Woche, einer 10 Pf. pro Monat und zwei 10 Pf. pro Mitglied und Vierteljahr.

Den Beschluß des Berichtes bilden, wie üblich, die Berichte der beiden Bezirksleiter im 10. resp. 12. Gau, und ein Bericht der Zentralkommission der Kontobucharbeiter Deutschlands.

Das eingehende Studium des vorliegenden Jahresberichtes zeigt uns erneut wieder, daß es auch in unserem Buchbinder-Verband rüstig vorwärts geht und daß die ihm angeschlossenen Berufsgenossen und Genossinnen den schlechtesten Teil nicht erwählt haben, als sie die Mitgliedschaft in ihm erwarben. Soll der Buchbinder-Verband auch weiterhin die Interessen seiner Angehörigen wirksam vertreten, dann muß für seine Stärkung unablässig gesorgt werden. Darum kann es für die am Jahresluß 1907 vorhandenen 22 059 Mitglieder nur das eine Bestreben geben, immer neue Streiter dem Verbande zuzuführen. Geschieht dies, dann wird auch der Buchbinder-Verband in Zukunft der sichere Hort für seine Mitglieder sein, wie er dies seither schon war.

### Internationales.

**Vor dem Lohnkampf in Stockholm und Estliluna.** Am 1. Juli ist sowohl in Stockholm wie in Estliluna der Tarifvertrag für das Buchbindergewerbe abgelaufen, ohne daß ein neuer Vertrag zustande kam. Verhandelt wurde mit den Arbeitgebern seit Mitte Februar, aber vergeblich. Auch der Stockholmer Distriktsbeamte zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten hat sich bisher vergeblich bemüht, einen Vergleich zwischen den Parteien herbeizuführen. Dieser staatsangestellte Schlichtungsbeamte machte schließlich einen Vergleichsvorschlag zu einem neuen Tarif, der der Generalversammlung unserer Kollegen in Stockholm am 2. Juli vorlag. Er wurde mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt, zugleich aber ersuchte die Versammlung den Schlichtungsbeamten, für Fortsetzung der Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu sorgen. Der Ortsverwaltung erteilte die Versammlung Vollmacht, über die Maßnahmen zu beschließen, die durch die Situation notwendig werden. Es muß also jeden Augenblick damit gerechnet werden, daß es zum offenen Kampf kommt. Jeglicher Bezug von Arbeitskräften ist sowohl von Stockholm wie von Estliluna fernzuhalten.

**Lohnbewegung in Kristiania.** Die Abteilung Kristiania des Norwegischen Buchbinderverbandes hat den seit 10 Jahren geltenden Tarifvertrag am 1. Juni dieses Jahres gekündigt, der danach mit dem 31. August abläuft. Der im Jahre 1898 abgeschlossene Vertrag wurde von den Arbeitgebern im Jahre 1900 gekündigt, damals aber ohne wesentliche Änderungen von neuem angenommen. Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen waren schon lange notwendig, aber bei der furchtbaren Wirtschaftskrise, die jahrelang auf dem ganzen Erwerbsleben in Norwegen lastete, schwerlich zu erreichen. Unsere Kollegen haben nun den Arbeitgebern einen neuen Tarifentwurf vorgelegt, der verschiedene Lohnerhöhungen enthält, sowie einen spezialisierten Akkordtarif für die Arbeiterinnen. Ob diese Lohnbewegung ohne Kampf zum Ziele führen wird, ist vorläufig noch nicht vorauszusagen, aber jedenfalls zweifelhaft. Wie das schwedische Unternehmertum, das ja erst kürzlich eine Generalaussperrung der gesamten Arbeiterschaft des ganzen Landes plante, so hat auch die „Norwegische Arbeitgebervereinigung“ sich in letzter Zeit recht kampflüsternd gezeigt. Unsere Kollegen und Kolleginnen in der norwegischen Hauptstadt sind übrigens an einen Kampf vorbereitet; sie haben schon lange im voraus einen Streikfond gesammelt, der ihnen im Fall der Not gute Dienste leisten wird.

**Verbandstag in Norwegen.** Am 21., 22. und 23. Juli hält der Norwegische Buchbinder-

verband in Bergen, der zweitgrößten Stadt des Landes, die nun nach Vollendung der Bahn Kristiania—Bergen vom Ostlande aus weit leichter zu erreichen ist als früher, seinen 4. Verbandstag ab. Auch der Schwedische und der Dänische Buchbinderverband werden dort vertreten sein.

**Schweiz.** Mit Anfang Juli scheidet der seitherige Redakteur des Organs unserer schweizerischen Berufsgenossen, S. Eichenberger, von seinen Posten. In der ausgeschriebenen Urabstimmung zwecks Wahl eines anderen Schriftleiters beteiligten sich 433 Verbandsmitglieder und wurde Kollege H. Widmer mit 232 Stimmen gewählt. Genosse Eichenberger scheidet von seinen Posten aus Gründen persönlicher Natur.

### Zur Aussperrung in der Pforzheimer Etuisindustrie.

In Nr. 26 berichteten wir letztmalig über den Stand der Pforzheimer Aussperrung. Nach dem dort mitgeteilten Briefwechsel war eine gewisse Ruhe eingetreten, so daß man wohl des Glaubens sein konnte, daß der Kampf wieder einmal auf einen toten Punkt gelangt sei. Unterm 27. Juni erging an den Kollegen Dietrich-Pforzheim die Mitteilung des Gewerbegerichts, daß die Arbeitgeber bereit seien, in Verhandlungen einzutreten, nur müsse erst die Arbeit bei Diez wieder aufgenommen werden. Das war im Grunde der gleiche Standpunkt, welcher bereits in Briefe der Unternehmer vom 17. Juni zum Ausdruck gebracht wurde. Es fand jedoch zunächst erst eine Besprechung mit den Inhabern der Firma Diez statt, bei der der gesamte Vorstand der Vereinigung der Unternehmer anwesend war. In dieser Besprechung befundeten die Unternehmer ihre Bereitwilligkeit zu einer Einigung auf folgender Grundlage: Die Fabrikanten sind zu Verhandlungen vor Aufnahme der Arbeit bereit. Die Firma Diez stellt die fünf ursprünglichen Gemahregelungen vorläufig nicht mehr ein. Die übrigen Arbeitgeber erklärten, diese eventuell in ihren Betrieben unterzubringen. Die Aussperrten werden alle wieder eingestellt. Eine Lohnreduzierung findet nicht statt.

Die am 29. Juni tagende Versammlung der Aussperrten erklärte sich mit diesen Abmachungen einverstanden, sofern über die Frage der Wiedereinstellung schriftliche Vereinbarungen getroffen werden. Die Verhandlungen mit den Etuisfabrikanten hierüber fanden am 2. Juli vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts statt. In dieser Verhandlung traten die Etuisfabrikanten wiederum mit dem Verlangen hervor, daß die Arbeit bei Diez aufgenommen werde, ehe Verhandlungen stattfinden. Auch wollten sie sich nicht verpflichten, alle Aussperrten wieder einzustellen. Damit hatten die Unternehmer den Standpunkt, den sie anlässlich der Besprechung mit der Leitung der Firma Diez eingenommen hatten und der ja erst die Grundlage dieser erneuten Verhandlung bildete, verlassen, und die Sitzung mußte resultatlos verlaufen. Anwesend war nur der 2. Vorsitzende der Fabrikantenvereinigung, der folgenden Brief dem Gewerbegerichte übergab:

An den Vorsitzenden des Gewerbegerichts,  
Herrn Assessor Dr. Streng, hier!

Pforzheim, den 2. Juli 1908.

Wir bitten Sie, dem Vertrauensmann der Etuisarbeiter, Herrn Arthur Dietrich, gefälligst mitzuteilen:

Kommen Sie uns mit der vollzogenen Tatsache, daß die Arbeit bei der Firma C. Diez wieder aufgenommen, dann werden die übrigen Mitglieder unserer Vereinigung zur Frage der Wiedereinstellung ihrer Arbeiter Beschluß fassen.

Hochachtungsvoll  
Vereinigung Pforzheimer Etuis-  
und Kartonnagen-Fabrikanten.  
E. Keller.

Selbstverständlich konnten sich die Vertreter der Ausgesperrten mit einem solchen Vorschlag nicht befremden, und auch ein Vermittlungsvorschlag des Gewerbegerichts-Vorsitzenden, die Vertreter der Ausgesperrten sollten bis zum 3. Juli zu Protokoll erklären, daß die Arbeit bei der Firma Diez am 6. Juli aufgenommen wird, worauf am 4. Juli weitere Verhandlungen gepflogen werden sollen, wurde von einer Versammlung der Ausgesperrten mit einem Hinweis auf das seitherige Verhalten der Unternehmer abgelehnt.

Wenn der Kampf nunmehr mit unerminderter Schärfe weitergeht, so trägt das sondersbare Verhalten der Unternehmer hieran die Schuld. Gätten sie den Standpunkt, den sie anlässlich der Besprechung mit der Geschäftsleitung der Firma Diez einnahmen, nicht auf solche brüske Weise wiederum verlassen, wie in oben abgedrucktem Schreiben zum Ausdruck kommt, dann könnten sie heute den Frieden, nach dem sie sich nach der Aussage des 2. Vorsitzenden ihrer Vereinigung so sehr sehnen, in ihren Betrieben haben. Sie wollten aber nicht, darum haben sie jetzt den Kampf, und zwar so lange, bis sie anderen Sinnes geworden sind. Daran ändert auch der Sufraks nichts, den sie jetzt von den Kartonnagenfabrikanten erhalten, die in ihrer „Kartonnagen-Zeitung“ bekanntgeben, daß infolge Sondervertrages kein Mitglied des Zentralverbandes deutscher Kartonnagen-Fabrikanten Arbeitnehmer der Pforzheimer Etuisindustrie einstellen soll. Uns deutet, die starken Männer in Nürnberg überschätzen ihren Einfluß; kein Arbeitnehmer der Pforzheimer Etuisindustrie sehnt sich nach den Fleischtöpfen der Kartonnagenfabrikanten.

Zugung nach Pforzheim ist nach wie vor fernzuhalten!

**Zur Bewegung in der Kartonnagenbranche.**

Die fortschreitende Entwicklung unserer Organisation hat veranlaßt, daß auch unsere Unternehmer sich die Macht, die Vorteile der wirtschaftlichen Organisation nutzbar machen. Die Unternehmer, die sich bisher im mühenlosen Konkurrenzkampf einander das Leben so schwer als möglich machten, vereinigen sich. Solidarität, Brüderlichkeit heißt es jetzt bei ihnen. Allerdings nur der Arbeiterschaft gegenüber, sonst sieht es mit der Brüderlichkeit mitunter sehr faul aus.

Trotz des gewaltigen Aufschwunges der Kartonnagenindustrie muß auch von uns konstatiert werden, daß von einer sogenannten blühenden Industrie nicht die Rede sein kann. Eine Unmasse von Betrieben haben wir zu verzeichnen, die nur Sorgenkinder ihrer Besitzer sind, die nicht leben noch sterben können. Schreiber dieses glaubt nicht fehl zu gehen, wenn er behauptet, daß die arge Zersplitterung der Industrie die Hauptursache an den mißlichen Verhältnissen ist. Dresden ist in dieser Beziehung typisch. Rund 60 einzelne Kartonnagenbetriebe bestehen hier. Die natürliche gesunde Grundlage einer blühenden Industrie, das Vorhandensein von gut eingerichteten Großbetrieben, fehlt fast gänzlich. Wahre Jammerbetriebe bestehen hier.

So wie hier in Dresden dürften auch anderwärts die Verhältnisse liegen, wenn auch nicht so kraß. Es ist eben auch ganz erklärlich: durch den Aufschwung der Kartonnagenindustrie sind alle möglichen Leute herbeigeloct worden, um die großen Reichtümer einzuheimisen. Und so sehen wir ehemalige Offiziere, Kaufleute, Rechtsanwälte, Apotheker usw. als Kartonnagenfabrikanten. Leute, die Talent zu sonst was besitzen mögen, nur nicht zur rationellen Einrichtung eines Betriebes. In der Regel spielt sich dann die Entstehung eines Betriebes so ab, daß ein „Werkführer“ mit 24 bis 25 Mk. engagiert wird, und mit Hilfe von billigen Arbeitskräften, Hilfsarbeitern, Arbeitsburschen und Mädchen geht dann das Fabrizieren los. Allerdings die ersehnten Reichtümer bleiben aus, dafür wird feste zugesichert. Diese Tatsachen, so gleichgültig sie uns sein können, zeigen

uns aber, wie kurzfristig unsere Unternehmer sind.

„Kampf gegen die unberechtigten Forderungen der Arbeiterschaft“, heißt ihre erste Parole. Dabei übersehen sie, daß nur in der tariflichen Festlegung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein Hauptfaktor entsteht, um gesunde Berufsverhältnisse anzubahnen und die auch von ihnen so vermühten Schleuderkonkurrenz zu beseitigen. Sie übersehen auch, daß gerade in der Kartonnagenbranche, im besonderen in der Luxuskartonnagenbranche, nur tüchtige, umsichtige und intelligente Arbeitskräfte einen Betrieb rationell gestalten können, diese aber nur durch auskömmliche Löhne, anständige Behandlung, kurze Arbeitszeit usw. heranzuziehen sind. Die Unternehmer wollen nicht zugeben, daß nur durch die gegenseitig in Fühlung tretenden Organisationen gesunde Verhältnisse angebahnt werden, daß nur dadurch der Weg freigelegt wird zu einer rationellen Kartonnagen-Großbetriebwirtschaft.

Auf Grund dieser Tatsachen ist daher für unsere Kollegenchaft kein Anlaß geboten, etwa von unseren „unberechtigten“ Forderungen abzustehen und weiter zu darben, für einen völlig ungenügenden Lohn weiter zu schufteln. Von seiten der Unternehmer wird doch so oft uns gesagt, daß es bei dem Stand der Berufsverhältnisse nicht möglich sei, unsere Forderungen zu bewilligen. Für uns liegt aber die Sache so: Betriebe, die sich nur durch lange Arbeitszeit, niedrige Löhne usw. glauben hochhalten zu können, sind nicht wert, daß sie bestehen, diese mögen einfach untergehen, für die gesamte Industrie eine Wohltat. Schreiber dieses möchte auch dieses Kapitel nicht schließen, ohne den Kartonnagenarbeitern und Arbeiterinnen die Mahnung zuzurufen: Hinein in den Buchbinderverband! Ihr könnt keinen Grund mehr angeben, um Euch zu drücken. Der Verband hat Staffelleistungen eingeführt, er hat das Unterstützungswesen Euren Wünschen gemäß ausgebaut, er fördert auch sonst Eure Interessen mit allem Nachdruck. Die Einwände, die Ihr früher einmal erhoben habt, fallen in nichts zusammen. Nur bodenlose Saumseligkeit ist es, was Euch noch fernhält.

Noch ein paar Zeilen zu der so viel umstrittenen Kartonnagerkonferenz. So sehr ein frischer Zug in der Agitation vonnöten ist, so halte ich doch das Verhalten des Verbandsvorstandes für korrekt, wenn er sich betreffs Einberufung einer allgemeinen Konferenz etwas zugeknöpft verhält. Der Schwerpunkt liegt nicht in Konferenzen; denn das A und O einer derartigen Konferenz würde nur lauten können: Mehr Agitation! Dieses läßt sich auch ohne diese kostspieligen Veranstaltungen erwirken. Die jetzt eingeleitete Agitation unter unseren indifferenten Kollegen beweist dies ja auch.

Auch das Aufstellen einer Statistik würde nur eine Vergewandung von Kraft und Geld darstellen.

Der Verlauf der in Limbach vor zwei Jahren stattgefundenen Konferenz sowie die damals beschlossene Statistik berechtigten mich zu dieser Meinung. Denn es ist nicht anzunehmen, daß diese Statistik wesentliche Hilfe zur Agitation leisten wird. Neuzerst langwierig und ungenau würde auch eine zweite Statistik sein. Ein Kartonnagenarbeiter.

**Die Heilbehandlungen auf Grund des § 18 des Invalidenversicherungsgesetzes.**

\* Das Invalidenversicherungsgesetz hat bekanntlich nicht allein den Zweck, bei eingetretener Erwerbsunfähigkeit eine Rente zu gewähren, sondern auch die Versicherten nach Möglichkeit vor Invalidität zu bewahren. Nach § 18 des in Frage stehenden Gesetzes sind die Versicherungsanstalten befugt, bei Versicherten, die dergestalt erkrankt sind, daß als Folge der Krankheit Erwerbsunfähigkeit zu besorgen ist, welche einen Anspruch auf reichsrechtliche Invalidenrente begründet, zur Abwendung dieses Nachteils ein Heilverfahren in dem ihr geeignet erscheinenden Umfange eintreten zu lassen. Die Versicherungsanstalt kann das Heilverfahren durch Unterbringung des Erkrankten in einem

Krankenhaus oder in einer Anstalt für Genesende gewähren. Sie kann auch nur ärztliche Behandlung, Heilmittel oder sonstige Hilfsmittel zur Verhütung von Invalidität bewilligen.

Diese Bestimmung, die während der ersten Jahre der Durchführung des Invalidenversicherungsgesetzes recht wenig Beachtung fand, ist neuerdings in einem sehr ausgedehnten Maße in Anwendung gekommen. Insbesondere hat man die Einrichtung zur Bekämpfung der Lungentuberkulose herangezogen und auf Grund derselben Tausende von Lungenkranken in Heilstätten untergebracht. Aber auch unzählige Nervenranke hat man nach Luftkurorten, rheumatisch Kranke nach Badeorten usw. geschickt. Dem Heilverfahren liegt im allgemeinen die Erkenntnis zugrunde, daß die ausgegriffene Erwerbsfähigkeit nur wieder hergestellt werden kann durch längere naturgemäße, diätetische Lebensweise, und so erblicken die Versicherungsanstalten eine Hauptaufgabe darin, für die verschiedenen Krankheitsarten Heilstätten und Sanatorien zu errichten. In den Lungenheilstätten sowohl wie in den Kurorten für rheumatisch Kranke, Geschlechtsranke, Magenranke usw. herrscht die physikalische Heilweise vor und in den meisten Anstalten, insbesondere in den Lungenheilstätten, ist die Anwendung von Medizin gänzlich ausgeschlossen.

Die Gewährung von Heil- und ähnlichen Mitteln besteht hauptsächlich in der Beschaffung von künstlichen Gebissen für die Versicherten. Zur Bezahlung solcher Gebisse sind bekanntlich die Krankenkassen nicht verpflichtet, weil sie zu „teuer“ sind. Die Krankenkassen brauchen nur Brillen, Bruchbänder und „ähnliche Heilmittel“, d. h. solche Mittel, die im Preise nicht höher sind als die Brillen und Bruchbänder, zu gewähren. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß sich die Versicherungsanstalten auch der Beschaffung künstlicher Gebisse zugewendet haben. Ist doch das Vorhandensein schlechter Kauorgane, mit denen in der Regel Verdauungsstörungen und Magenbeschwerden verbunden sind, weit verbreitet.

Nach einem kürzlich erschienenen Bericht des Reichsversicherungsamtes sind in den Jahren 1897 bis 1906 nicht weniger wie 356 834 Personen einer Heilbehandlung auf Grund des § 18 des Invalidenversicherungsgesetzes teilhaftig geworden. Diese Behandlung erforderte 87 361 371 Mk. Im Jahre 1898 noch betrug die Zahl der Behandelten nur 13 758, die Kosten hierfür 2 769 330 Mk. oder pro Kopf 201,29 Mk. Im Jahre 1906 wurden 66 883 Personen mit einem Kostenaufwand von 16 660 445 Mark behandelt. Die Aufwendungen pro Behandelten schwanken bei den einzelnen Versicherungsanstalten zwischen 88 und 342 Mk. Auf den Kopf des Versicherten berechnet schwanken die Kosten bei den einzelnen Versicherungsanstalten zwischen 21 und 497 Pfennigen. Bedenkt man, daß die durchschnittliche Zahl der Versicherten in der Invalidenversicherung zirka 12 Millionen beträgt, so ist immerhin schon ein ganz erheblicher Bruchteil der Versicherten des Vorteils eines geeigneten Heilverfahrens teilhaftig geworden.

Erklärlicherweise sind es nur die Versicherungsanstalten mit verhältnismäßig hohem Vermögen, welche den Heilverfahren eine ganz besondere Pflege zuteil werden lassen. So die Versicherungsanstalt Berlin, die im Jahre 1906 allein 7217 Personen mit einem Kostenaufwand von 2 1/2 Millionen Mark behandeln ließ, die Versicherungsanstalten Rheinprovinz, Agr. Sachsen, Hannover usw.

Sichtlich der wegen Lungentuberkulose Behandelten sei folgendes bemerkt. Ihre Zahl betrug im Jahre 1906 insgesamt 31 022, die für dieselben aufgewendeten Kosten 11 483 033 Mk. Außer diesen Kurkosten wurden an die Familiangehörigen der in den Heilstätten Untergebrachten noch Unterstützungen in der Gesamthöhe von 1 544 236 Mk. gezahlt. Von diesen aufgewendeten Kosten wurden allerdings den Versicherungsanstalten von den Krankenkassen über 2 1/2 Millionen wieder erstattet, weil die letztgenannten Kassen bei Heilbehandlung ihrer Mitglieder verpflichtet sind, während der Zeit der Unterbringung des Kranken in der Heilstätte das diesem zustehende Krankengeld an die Versicherungsanstalt zu überzahlen.

Was den Erfolg der Heilverfahren anbetrifft, so hatte bei 25 749 der im Jahre 1906 wegen Lungentuberkulose behandelten Personen die Kur einen vollen Erfolg, so daß Erwerbsunfähigkeit im Sinne des § 5, Abs. 4, des Invalidenversicherungsgesetzes nicht mehr zu besorgen war. Nur bei 5273 wurde ein Heilerfolg nicht erzielt. Aus den übrigen Angaben der angegebenen Quelle geht hervor, daß jetzt bereits bei 1/4 bis 1/3 der Pflegen eine vollen und dauernden Erfolg erzielt worden ist, der über fünf Jahre angehalten hat. Es ist sicher, daß mit der zunehmenden finanziellen Kräftigung der Versicherungsanstalten die Heilverfahren in noch weit größerem Umfange durchgeführt werden

und vielleicht auch die Ergebnisse derselben noch bessere werden.

Für unsere Leser, welche sich den § 18 des Invalidenversicherungsgesetzes nutzbar machen wollen, seien noch folgende Hinweise gegeben: Eine bestimmte Anzahl von Marken, d. h. eine bestimmte Wartezeit, ist bei der Stellung eines Antrages auf Uebernahme eines Heilverfahrens nicht nachzuweisen. Bei einigen Versicherungsanstalten hat sich jedoch die Gepflogenheit herausgebildet, die Anträge solcher Versicherter grundsätzlich abzulehnen, die nicht mindestens 100 Beitragswochen ordnungsmäßig bezahlt haben. Die Anträge sind unter Vorlegung der laufenden Quittungskarte bei der zuständigen Krankenkasse oder (sofern der Versicherte einer solchen Kasse überhaupt nicht angehört) bei der zuständigen unteren Verwaltungsbehörde (Stadttrat, Magistrat, Gemeindebehörde usw.) zu stellen. Diese Stellen sind auch verpflichtet, über die ganze Einrichtung Auskünfte zu erteilen.

Der geeignetste Zeitpunkt auf Stellung eines Antrages auf Heilbehandlung ist selbstverständlich jener, in welchem das gefährdende Leiden in den ersten Stadien sich befindet. Ist der Krankheitsprozess schon weit vorgeschritten und bestimmte Aussicht auf einen Erfolg der Kur nicht vorhanden, so wird in der Regel auch die angegangene Versicherungsanstalt die Heilbehandlung ablehnen. Sie ist ja nicht verpflichtet dazu und ist jeder Verschwendung der Versicherten ausgeschlossen. Andererseits wird aber auch nicht bei jeder geringfügigen Erkrankung auf einen Antrag zuzukommen sein, sondern nur dann, wenn die Krankheit ernster Natur und dauernde Invalidität zu beforgen ist, wenn nicht eine gründliche Behandlung vorgenommen wird. Am zweckmäßigsten ist es, sich vor der Stellung des Antrages mit seinem Arzt darüber zu verständigen.

Korrespondenzen.

Gesperret ist Pforzheim.

Schweiz: Gesperret sind die Firmen C. Binder, Buchdruckerei in Luzern, Wwe. Baumanns, Geschäftsbücherei in Frauenfeld, und Excoffier, Lithographie in Genf (Sang Rives).

Ungarn: Gesperret ist Raab.

Vor jedem Stellenwechsel ist bei dem örtlichen Bevollmächtigten Erkundigung nach den Arbeitsbedingungen einzuholen.

Braunschweig. Zu der am 20. Juni stattgefundenen Versammlung referierte Stornader-Gannover über: „Die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaftsorganisationen“. Eingehend die Wirkung der kapitalistischen Produktionsweise beleuchtend, die den Arbeiter als bloßes Werkzeug betrachtet, kam Redner zu dem Schluss, daß dieser an Leib und Leben des Arbeiters betriebene Raubbau nur durch eine starke gewerkschaftliche Organisation wirksam bekämpft werden kann. Redner forderte die Nichtorganisierten auf, dem Deutschen Buchbinderverband beizutreten, da dieser infolge seiner jetzigen Ausdehnung nicht nur eine starke Waffe im Kampf gegen den Kapitalismus ist, sondern auch durch seine Unterstützungseinrichtung seine Mitglieder im Falle der Not vor materiellen Sorgen schützt.

Es verlohnt sich an der Hand dieses, trotz gewaltiger Agitation, mangelhafter Besichtig der Versammlung einen keinen Blick auf die Braunschweiger Verhältnisse zu werfen. Dieser schlechte Besuch der Versammlung ist hauptsächlich auf die Interesslosigkeit unserer Kollegen zurückzuführen. Junge, unverheiratete Kollegen erklären mit ängstlicher Scheu, an der Agitation nicht teilnehmen zu können. Man muß förmlich bitten, wenn irgendeiner etwas für den Verband tun soll. An eine Agitation in der Werkstatt ist schon gar nicht zu denken. Es wird wohl der Mund recht voll genommen, auch heraufschaut man sich an schönen Worten, wenn es hoch kommt, findet sich der eine oder andere dazu, einen neuanfängenden Kollegen über seine Zugehörigkeit zur Organisation zu fragen, aber sonst „will man sei Aus ham“. Weisheit nicht die Indifferenten auf ihre Organisationspflicht hinzuweisen, beileibe nicht Menschen, deren moralischer Tiefstand ein notorischer ist, mit genügender Reserve — um nicht zu sagen: Verachtung — zu behandeln. Nein, nein, von alledem, was man Massengefühl nennt, von alledem ist bei unseren Kollegen nichts zu spüren. Wenn sich gar jemand erdreisten sollte, die Kollegen darauf aufmerksam zu machen, daß es ihre Pflicht ist, auch die Kolleginnen zu organisieren, was bei uns das Notwendigste ist, so wird er wie ein Wunderkinder angesehen und er kann froh sein, mit einem mitleidigen Nicken über solche Naivität davonzukommen. Die Arbeiterinnen, sagt man, sind unsere größten Monturanten, sie verdrängen den Mann infolge der Willigkeit ihrer Arbeitskraft. Aber sie sind es doch auch, die genau wie der männliche Ar-

beiter Leben und Gesundheit der Profitgier der Kapitalisten opfern, um dem färglichen Verdienste des Mannes ein klein wenig beizusteuern und dadurch ein halbwegs anständiges Dasein führen zu können. Anstatt nun die Folgerung daraus zu ziehen, daß nur durch eine straffe Organisation die materielle Lage der Arbeiterfamilie verbessert werden kann, daß vor allen Dingen die Organisation der Frau nur vorteilhaft auf die Kämpfe der Arbeiter einwirken kann, vorgezwängt man die Logik und erklärt die Arbeit der Frauen und Mädchen in den Fabriken als eines Weibes unwürdig.

Noch ein anderes ist es, welches der ganzen Bewegung am Orte gewaltige Fesseln anlegt: die Vereinsmeierei. Der eine ist im Kegelschlag, ein anderer im Gesangsverein, Turnverein, Rauchklub, und was es sonst noch für Vereine geben mag. Für diesen Klimate ist der große Teil unserer Kollegen zu haben. Gilt es aber einmal, etwas für die Organisation zu tun, so kann man 1000 gegen 1 wetten, daß alle diese oben gekennzeichneten Kollegen nicht zu finden sind. Sie scheinen nicht zu wissen, daß sie durch eine intensivere Beteiligung am Kulturkampf der Arbeiter ihren Familien ungleich wichtigeres leisten, als durch die oben angeführte Vereinsmeierei. Es ist nun aber gerade hier dringend notwendig, daß die Verhältnisse eine gründliche Aenderung erfahren, daß die Bezahlung der Arbeitskraft eine bessere wird. Mit 18—22 Mk. Wochenlohn ist es einem Familienvater schlechterdings nicht möglich, seiner Familie auch nur annähernd das bieten zu können, was einem kulturwürdigen Leben entspricht. Unsere Kollegen sind denn auch gezwungen, Ueberstunden zu machen, um dadurch ihre Einnahme und Ausgabe in Einklang zu bringen. Was die Ueberstunden anbelangt, so wirken auch diese teilweise degenerierend auf das Verbandsleben ein. Infolge der Ueberstunden glaubt ein Teil der Kollegen es nicht nötig zu haben, an der Verbesserung ihrer sozialen Lage zu arbeiten, da der durch dieses Ueberstundenmachen erhöhte Lohn die momentane Not von ihrer Tür fernhält. Sie wissen aber nicht, daß diese andauernde Arbeit schwere körperliche Schäden im Gefolge hat, die ihre Arbeitskraft viel früher als sonst beeinträchtigen. Es ist aber auch bekannt, daß, sobald ein Arbeiter nicht mehr imstande ist, die Mehrverträge des Kapitalisten zu erfüllen, er unwiderruflich auf die Straße gesetzt wird, um einem anderen, der noch im Vollbesitz seiner körperlichen Kräfte ist, Platz zu machen.

Wenn wir all die Laute, all die Trägheit, welche unsere Kollegen in so überproportem Maße besitzen, aufzählen wollten, könnten wir noch viele Seiten vollschreiben. Wir wollen es hiermit aber genug sein lassen und hoffen, daß unsere Kollegen sich mehr wie bisher dem Verbandsleben widmen werden, da nur die gewerkschaftliche Organisation eine in unserem Interesse liegende Entwidlung der sozialen Verhältnisse verbürgen kann.

Hamburg. Anlässlich des hier tagenden Gewerkschaftskongresses hielt die Zahlstelle am 25. Juni eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Kollege Binte-Leipzig hielt ein vortreffliches Referat über: „Die Entwidlung des Wirtschaftslebens“. In leicht verständlicher Weise schilderte der Referent die Entstehung des Handels, des Handels, der modernen Technik usw. Er schloß seine Ausführungen unter Hinweis auf die großen Arbeitgeberorganisationen mit einem begeisterten Appell an die Versammelten, immer neue Kämpfer für die Organisation zu gewinnen.

Kollege Grünwald-Wien, Vorsitzender des österreichischen Buchbinderverbandes, schilderte die Verhältnisse der österreichischen Buchbinder. Dort seien die Gewerkschaften im allgemeinen noch weit hinter den Deutschen zurück. Vielfach käme es davon, weil Oesterreich aus vielen Nationen bestehe, auch stehen die Arbeitgeber, namentlich im Buchbindergerwerbe, noch nicht so geschlossen den Arbeitern gegenüber wie in Deutschland. In letzter Zeit sei man jedoch eifrig am Werk, sich nach deutschem Muster zu vereinigen. Kollege Kraftsch-München forderte die Kollegen auf, die Arbeiterinnen nicht immer, wie es vielfach noch der Fall sei, als Lohnbrücker zu betrachten. Gerade die letzten Kämpfe haben es uns gezeigt, wie notwendig es sei, die Kolleginnen immer mehr für die Organisation zu gewinnen. Vor allen Dingen müsse man die Arbeiterinnen zur Mitarbeit heranziehen und tüchtige Kolleginnen zu Agitatorinnen heranzubilden.

Nach einer Aufforderung des Vorsitzenden, im Sinne der Referenten zu handeln, wurde die leider nur schwach besuchte Versammlung geschlossen.

Berlin. Am Donnerstag, den 25. Juni, hielten die Mieter eine Versammlung ab, in welcher der Tarif- und Agitationskommission über ihre Tätigkeit zur Revidierung des Tariffs Bericht erstattete. Kollege Schade wies u. a. auf die überaus große Arbeitslosigkeit in der Branche hin, die Kollegen sind nur in einigen Werkstaben voll beschäftigt, während das Gros nur 3, 4 und 5 Stunden pro Tag

Beschäftigung habe. Die Hoffnungen, die man allgemein auf die Besserung der Geschäftslage setzte, haben sich nicht verwirklicht, auch sei noch nicht zu ersehen, wann eine Wendung zum Besseren eintreten wird.

Die Kommission habe sich in mehreren Sitzungen mit dieser Frage beschäftigt und empfehle, in diesem Jahre von einer Kündigung des Tarifes Abstand zu nehmen.

In der Diskussion sprachen sich Mahne und Klappenbach für den Antrag der Kommission aus.

Die Abstimmung ergab die Annahme mit allen gegen 4 Stimmen. Die Kollegen Klappenbach und Schade forderten die Kollegen dann noch auf, sich nicht durch diesen Beschluß der trügerischen Hoffnung hingugeben, daß es nun für die Branche und den Verband in diesem Jahre nichts zu tun gäbe. Wir hätten gerade alle Ursache, unsere Position zu stärken und für die weitere Ausbreitung der Organisation Sorge zu tragen.

Die vielen kleinen Betriebe, wo ein, höchstens zwei Mieter stehen, sind vor allen anderen genau zu beachten in bezug auf Zinnehaltung des Tarifs. Auch sind am Orte zwei Betriebe, in denen anstatt männliche, weibliche Mieter beschäftigt werden, selbstredend bedeutend unter Tarif. Dieses alles müßte die Kollegen anspornen, ohne Unterlaß für den Verband zu arbeiten.

Nachdem dann noch über einzelne Mißstände bei der Firma Baum u. Scholz gesprochen wurde, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Rundschau.

Ferien. Die Firma F. S. Schmidt, Briefumschlagsfabrik in Torgau, gibt ihrem Personal in diesem Jahre erstmalig Ferien, und zwar erhalten diejenigen, welche drei Jahre im Betrieb beschäftigt sind, 2 Tage, nach fünf Jahren 3 Tage und nach zehn Jahren 6 Tage Urlaub.

Die Buchdruckerei des „Vorwärts“ in Berlin gibt allen denjenigen, welche bis zum 1. Oktober des Vorjahres eingestellt wurden, 6 Tage, denjenigen, die vor dem 1. Juli 1904 eingestellt wurden, 9 Tage Ferien. Beteiligt sind hierbei 18 Kollegen und 28 Kolleginnen.

August Scherl, Buchdruckerei und Verlagsanstalt in Berlin, gewährt dem Personal, welches bereits vor dem 1. Oktober 1907 im Betriebe beschäftigt war, eine Woche Ferien. Affordarbeiterinnen erhalten für die Ferienwoche eine Entschädigung von 15 Mk.

Die Firma Böhlendorf u. Lotte, Zugschappierfabrik in Berlin, gewährt Ferien je nach der Dauer der Beschäftigung 2—8 Tage.

Das graphische Institut Julius Klinkhardt in Leipzig gewährt dem Personal nach dreijähriger Tätigkeit 2 Tage, nach 5jähriger 3 Tage, nach 10jähriger 4 Tage und nach 20jähriger Tätigkeit 6 Tage Ferien.

Die Firma „Union“, Deutsche Verlagsgesellschaft Stuttgart, gewährt ihrem gesamten Personal seit mehreren Jahren Ferien. Das Personal der Buchbinderei kommt hierbei wie folgt in Betracht: 1. Urlaub erhalten jedes Jahr nach 10jähriger Tätigkeit je eine Woche 32 Gehülfen mit fortlaufendem Wochenlohn oder Affordarbeiter 26,44 Mk.; 26 Arbeiterinnen pro Woche 12 Mk.; 3 Hilfsarbeiter (Wochenlohn).

2. Alle 2 Jahre nach 5jähriger Tätigkeit eine Woche Urlaub mit Bezahlung wie oben 15 Gehülfen und 12 Arbeiterinnen.

Außer diesen Ferien gewährt diese Firma eine jährliche Extrarentschädigung an das Personal, welches länger als ein Jahr im Betrieb tätig ist, und zwar an Gehülfen einen Wochenlohn, an Affordarbeiter 26,50 Mk. und an Arbeiterinnen 12 Mk.

Aus Dortmund wird berichtet, daß die dortige „Arbeiter-Zeitung“ dem gesamten Personal, sofern es ein Jahr im Betrieb tätig ist, eine Woche Ferien und doppelten Lohn gewährt. — Die bei W. Crüweil Beschäftigten erhalten nach einjähriger Tätigkeit im Betriebe 2 Tage, nach zweijähriger 3 Tage und nach vier, resp. sechsjähriger Tätigkeit 4, 6 resp. 10 Tage Ferien. — Eine Woche Ferien nach zwei jähriger Tätigkeit erhält das gesamte männliche Personal der Firma C. L. Krüger ebendasselbst.

Acht Tage Ferien gewährt die Genossenschaftsdruckerei in Solingen dem ganzen Personal. Durch das Vorgehen der Buchdrucker bewilligte die Buchdruckerei Wolf ihrem Personal drei Tage, und die Firma S. Nabis, je nach der Dauer der Tätigkeit im Geschäft, drei bis acht Tage. Bei Wolf ist ein Buchbinder und bei Nabis sechs Kollegen beschäftigt.

Die Bewegung der in der Portefeuille- und Lebergalanterierbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, über welche wir in Nr. 26 berichteten, ist nunmehr endgültig beendet. Die Arbeiter und

Arbeiterinnen nahmen in entsprechenden Versammlungen nach zum Teil heftigen Diskussionen den Vertrag an.

Einen ungetreuen Unterkassierer gab es in der Zahlstelle Lahe i. W. Der Reichsbürgermeister H. Th. Adler verwarf seit September vorigen Jahres den Posten als Unterkassierer. Als solcher hat er 40,95 Mark, die er für Wochenbeiträge einkassiert hatte, für eigene Zwecke verwendet. Die Strafkammer in Offenbach beurteilte ihn zu 5 Wochen Gefängnis.

Als ein Hauptmann von Köpenick ein miniature produzierte sich Mitte Mai der Kartonnagen-zuschneider K. M. Schenk aus Großhellersdorf. In der Schöpauer Filiale des Dresdener Schokoladen-fabrikanten Seltmann erschien ein Mann, der sich als Buchhalter der Dresdener Schokoladenfirma vorstellte und erklärte, mit einer Kontrolle der Kassenbestände der Filiale beauftragt zu sein. Er legitimierte sich durch ein seine Angaben bestätigendes Schriftstück. Die Verkäuferin legte dem falschen Buchhalter 24 Mk. vor, die der Fremde konfiszierte. Dadurch ermutigt, wiederholte der Gauner das Manöver in einer zweiten Filiale der genannten Firma. Hier war ihm das Glück jedoch nicht so hold, denn man schöpfte Verdacht, setzte sich mit dem Hauptbetrieb in Dresden telephonisch in Verbindung und erhielt dann die Aufforderung, daß man es mit einem raffinierten Schwindler zu tun hat. Der Gauner kam in Haft. Wegen Privaturskundenfälschung und vollendeten und versuchten Betrugs erhielt Schenk 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 150 Mk. Geldstrafe, eventuell weitere 20 Tage Zuchthaus sowie 5 Jahre Ehrverlust.

Selbstmord verübte in Leipzig der 15jährige Buchbinderlehrling Burkhardt, indem er sich aus dem Fenster einer Bodenkammer auf die Straße stürzte. Was mag den jungen Menschen in den Tod getrieben haben?

Kinderausbeutung unter staatlicher Beihilfe betreiben die notleidenden Agrarier eines Teiles von Schleswig-Holstein. Zeitungsanzeigen zufolge wurden für schulpflichtige Kinder 14 Tage Ferien angesetzt, da die Heuernte verhältnismäßig früh eintrat. Um also den Mangel an ländlichen Arbeitskräften zu begegnen — der zu seinem Hauptteil bedingt wird durch die mehr als slavische Stellung der Landarbeiter — unterbricht man den ohnehin dürftigen Bildungsengang der Schulkinder, um den bedrängten Landwirten zu Hilfe zu kommen. Daß die Behörden hierzu ihren Segen geben ist bezeichnend für den Kulturstaat Deutschland und kann ja wohl auch nur in diesem vorkommen.

Die Jahresberichte der preussischen Gewerbe-räte für 1907 repräsentieren sich wieder als ein umfangreicher Band von über 800 Seiten, dessen Register auch mehrere Bogen füllt. Es liegt natürlich nahe, daß man in einem derartigen Werke auch über die mannigfaltigen Industrien, die mit der Buchbinderlei verknüpft sind, einiges finden dürfte. Aber man ist höchlichst erstaunt, wenn man das Ergebnis der Durchsicht dieses Bandes für unsere Industrie näher betrachtet. Findet man dann doch, daß die Buchbinderlei weder im Texte noch im Register auch nur mit einem Worte erwähnt ist, daß über die Kartonnagenfabriken bloß zwei Mitteilungen anzutreffen sind, die auch nicht bemerkenswert erscheinen, und daß endlich bei den Erwähnungen der Papierindustrie, der Papier-, Papierwaren-, Luxus-papier- und Pappenfabriken auch kaum etwas zu finden ist, was der Erwähnung selbst in unserem Fachblatt, also für die nächsten Interessenten, wert erscheinen kann. Mit einem Gefühl des Unbehagens und der Unbefriedigtheit legt man den Band wieder aus der Hand mit dem Bewußtsein, daß unsere Gewerbeinspektion noch weit zurückbleibt hinter dem, was als Minimum von den Theoretikern der Gewerbeaufsicht gefordert werden muß, daß jeder Betrieb mindestens einmal im Jahre revidiert wird, daß die Berichte sich als eine ständige Enquete über die sozialen Verhältnisse und die Lage der Arbeiter in den einzelnen Industrien darstellen und endlich, daß die Berichte Anregungen gewähren zum Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung. In jeder dieser Richtungen scheint für die Buchbinderlei und die verwandten Industrien die Gewerbeinspektion Preußen in hohem Maße zu versagen.

Wir müssen befürchten, daß unsere Leser zu dem gleichen schroffen Urteilen kommen werden, wenn wir das zusammenfassen, was die Berichte Interessantes für unsere Leser bieten.

Der Gewerbe rat für den Regierungsbezirk Riegnitz teilt mit, daß einem Kartonnagenfabrikanten gestattet wurde, die halbstündige Nachmittagspause für die jugendlichen Arbeiter an den Sonntagen fortfallen zu lassen, damit der Arbeitsfluß für alle Arbeiter auf 6 Uhr anstatt auf 5½ Uhr festgesetzt werden könne. Aus dem Regierungsbezirk Minden wird erwähnt, daß in einer Kartonnagenfabrik die Arbeiterinnen wiederholt bis Mitternacht beschäftigt wurden.

In einer Berliner Luxuspapierfabrik wurden jugendliche Arbeiterinnen angehalten, gummierte Papierteile mit der Zunge anzufechten, um sie auf Postkarten anzukleben. Der Gewerbe rat hat die Einstellung dieß ebenso unsauberen wie ungesundem Verfahrens veranlaßt. Von der Berliner Papierwarenfabrik Max Krause wird mitgeteilt, daß sie den Arbeitern während ihrer Ferienwoche doppelten Lohn bezahlte.

Damit glauben wir alles erschöpft zu haben, was der Jahresbericht der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten trotz seines ansehnlichen Umfangs als speziell bemerkenswert für unsere Leser enthält. Es läge im Interesse der Kollegenchaft, daß sie die Gewerbeinspektion auf die zahlreichen Schäden in dem Berufe aufmerksam macht und damit selbst den Anstoß gibt, daß die Buchbinderlei und die verwandten Industrien von der Gewerbeinspektion nicht systematisch ignoriert werden. Wenn die Gewerbeaufsichtsbeamten auf die Schäden der Industrie durch die Mitglieder unseres Verbandes nach genauer Prüfung des Sachverhalts aufmerksam gemacht werden, dann werden auch die Berichte inhaltreicher, interessanter, wertvoller und lehrreicher für unsere Kollegen werden. Sicherlich hat man alle Veranlassung, scharfe Kritik an der Tätigkeit der Gewerbe-räte zu üben, aber es wäre durchaus verfehlt, wollte man die organisierten Kollegen, die Leitung des Verbandszählstellen vollständig freisprechen von der Schuld, daß die Gewerbeaufsicht in fast allen deutschen Bundesstaaten auffallend wenig über die Verhältnisse in unserer Industrie erhaltend. Je mehr diese Mängel ausgeglichen und der Tätigkeits-trieb unserer Kollegen auch der Beaufsichtigung der Betriebe zugewandt wird, desto schärfer wird die Kritik an den Berichten sein können, wenn sich an den Verhältnissen nichts ändert, oder desto befruchtbarer wird man sein können, wenn man in künftigen Jahren über die Buchbinderlei und die verwandten Berufe ebenso ausführliches Material in den Berichten finden wird, wie über andere In-dustrien. —

Innungen im Buchbindergewerbe. In der Buchbinderlei zeigt sich vor allem infolge der Einführung mannigfacher arbeitssparender aber auch kostspieliger Maschinen die starke Entwicklung zur Großbuchbinderlei. Dementsprechend ist das Innungswesen in diesem alten handwerksmäßigen Gewerbe von sehr geringer Bedeutung. Auf Grund einer vor kurzem veröffentlichten Erhebung der Abteilung für Arbeitsstatistik des reichsstädtischen Amtes über die Wirkungen des Handwerkergesetzes sehen wir, daß die Zahl der Buchbinderinnungen und ihrer Mitglieder eine außerordentlich geringe ist, wenn auch die Kartonnagen- und Kontobücher-Innungen zu den Buchbinderinnungen gezählt werden. Die Buchbinder sind vielfach in gemischten Innungen vereinigt mit Gutmachern, Kürschnern, Mützenmachern und Schneidern, mit denen sie tatsächlich gar nichts gemein haben. In den Innungen sind 3028 Buchbinder und Kartonnagenverfertiger, 168 die beide Berufe ausüben, 9 Kartonnagenarbeiter und 2851 Buchbinder. Man zählte 25 Zwangsinnungen der Buchbinder mit 903 Mitgliedern und 34 freie Innungen mit 675 Mitgliedern. 14 Innungen hatten 1—14 Mitglieder, 31 Innungen 15—29 Mitglieder, 8 Innungen 30—49 Mitglieder, 5 Innungen 50—99 Mitglieder und eine Innung 100—199 Mitglieder. Größere Innungen fanden sich an dem freilich etwas spät zurückliegenden Stichtage der Untersuchung, dem 25. Oktober 1904, nicht. In den 59 Zwangs- und freien Innungen waren 2436 Gehülfen und 1381 Lehrlinge beschäftigt, so daß auf zwei Gehülfen reichlich ein Lehrling kam. Auf 1000 Meister zählte man 1544 Gehülfen und 875 Lehrlinge. Die Einnahmen aller Innungen betragen im Jahre 1904 18742 Mk., die Ausgaben 12738 Mk. oder 8,07 Mk. auf den Kopf des Innungsmitgliedes, während das Vermögen aller Buchbinderinnungen am 1. Januar 1905 15794 Mk. oder 10,01 Mk. berechnete auf das Mitglied betrug. Besonders großartig erscheinen diese Zahlen nicht, sie werden auch nirgends stark imponieren, am wenigsten unseren organisierten Kollegen.

In ganz Preußen zählte man 31 Buchbinderinnungen und zwar je eine in den Handwerks-bezirklichen Gewerbeamtbezirken Königsberg, Danzig, Riegnitz, Oppeln, Magdeburg, Erfurt, Altona, Flensburg, Hannover, Osnabrück, Bielefeld, Staffel und Saarbrücken. Je zwei Buchbinderfachinnungen wiesen die Handwerkskammerbezirke Hildesheim, Harburg und Dortmund auf, während je drei in den Bezirken Frankfurt a. O. und Breslau zu finden waren, endlich sechs im Handwerkskammerbezirk Halle a. Saale. Ganz Bayern zählte nur vier Buchbinderfachinnungen und zwar je eine in den Bezirken München, Augsburg, Würzburg und Staßfurt. In dem innungsungelegenen Sachsen gibt es 12 Buchbinderfachinnungen, eine im Bezirke Leipzig, zwei im Bezirke Zittau, je drei in den Bezirken Dresden, Chemnitz und Plauen. In Baden

find drei Buchbinderfachinnungen und zwar je eine in den Bezirken Freiburg, Karlsruhe und Mannheim, während der Bezirk Konstanz und auch ganz Württemberg und ganz Hessen-Darmstadt, weiter Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Koburg-Gotha, Anhalt, die drei Hansestädte und das Reichsland ohne Buchbinderinnungen auskommen. West-lenburg-Schwerin hat zwei, Meißn ältere Linie zwei, Sachsen-Weimar drei, der Bezirk Arnstadt und Lippe-Detmold je eine Fachinnung.

Man ersieht aus diesen Zahlen, daß das Innungswesen für die Buchbinderlei vollständig über-lebt ist, daß nicht die mindeste Veranlassung vor-handen war, um die alten Innungen wieder zu einem Scheinleben zu erwecken.

Unparteiische Unfallbegutachtung. In den letzten Jahren sind außer unseren Klagen auf dem Gebiete der Unfallversicherung besonders darüber Beschwerden laut geworden, daß teilweise dieselben Bezirke als Gutachter für die Berufsgenossenschaften und die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung tätig waren. Es mußte über diese Praxis, selbst wenn die persönliche Ehrenhaftigkeit der Bezirke nicht in Zweifel zu ziehen war, bei den Versicherten die Anschauung auftauchen, daß ihre Ansprüche bei dem an sich schon recht schematischen Verfahren der meisten Schiedsgerichte nicht gründlich und objektiv genug gewahrt würden. Nachdem das Reichsversicherungsamt jahrelang diesem Uebelstande untätig zugehört hatte, ist neuerdings von ihm in den „Ämtlichen Nachrichten“, unter Nr. 2234, folgender Erlaß ver-öffentlicht worden:

„Gegen die Einholung von Gutachten schieds-gerichtlicher Vertrauensärzte durch die Versiche-rungsträger hat sich das Reichsversicherungsamt in einer Verfügung vom 21. Oktober 1907 aus folgenden Gründen ausgesprochen:

Die Unfallversicherungs-gesetze verbieten es den Vertrauensärzten zwar nicht ausdrücklich, die Vertrauensärzte der Schiedsgerichte mit der Er-stattung von Gutachten über Unfallverletzte zu beauftragen; es empfiehlt sich aber, dies zu u-n-l-i-c-h-t z u v e r m-e-i-d-e-n. Einmal sind die Ver-sicherten leicht geneigt, der Unparteilichkeit des Arztes, der sie im Auftrage der Berufsgenossen-schaft begutachtet, zu mißtrauen. Damit dürfte es zusammenhängen, daß ein Arzt, der zu einer Berufsgenossenschaft in einem Vertrauensver-hältnis steht . . . zu einem schiedsgerichtlichen Vertrauensarzt nicht wählbar ist. Aber auch ohne ein solches Vertrauensverhältnis zur Be-rufsgenossenschaft wird ein auch nur vereinzelt von Berufsgenossenschaften mit der Begutachtung Unfallverletzte betrauter Arzt den Versicherten als schiedsgerichtlicher Vertrauensarzt leicht we-niger vertrauenswürdig erscheinen. Es liegt ferner auch nicht im Interesse der Schiedsgerichte selbst, daß ihre Vertrauensärzte von den Berufs-genossenschaften mit der Begutachtung Unfallver-lezter betraut werden, denn es wäre bedenklich, wenn das Schiedsgericht einen Arzt, der in einer Streitfache schon für die beteiligte Berufsgenossen-schaft ein Gutachten abgegeben hat, im Berufsver-fahren als Gutachter zuziehen würde. Anderer-seits können für das Schiedsgericht durch solche Beschränkung in der Auswahl der ärztlichen Sach-verständigen Weiterungen entstehen. Diese Er-wägungen haben das Reichsversicherungsamt schon mehrfach veranlaßt, Vorstände von Berufsgenossen-schaften zu ersuchen, die Vertrauensärzte der Schiedsgerichte — abgesehen von besonderen Aus-nahmefällen — nicht mehr mit der Erstattung von Gutachten über Unfallverletzte zu beauftragen. Selbstverständlich wird hierdurch die Vorchrift . . . über die Anhörung des behandelnden Arztes nicht berührt.“

Diese Grundzüge sind sehr zutreffend und von dem besten Geiste getragen. Es wäre sehr wünschens-wert, wenn nach ihnen sich die Schiedsgerichte, Be-rufsgenossenschaften und — das Reichs- v-e-r-si-che-r-u-n-g-s-a-m-t künftig richten wollten. Gerade das Letztere aber resp. ein Refusariat hat kürzlich ein Verfahren eingeschlagen, das den obigen Grundzügen in keiner Weise entspricht. Es wurde nämlich in einer Unfallsache, in der, entgegen dem Gutachten des Mediko-mechanischen Instituts, vom Schieds-gericht auf Bestürworten seines Vertrauensarztes eine Rente zuerkannt worden war, in der Refusar-instanz vom Reichsversicherungsamt weiterer Be-weis beschloffen, und mit der Abgabe eines O b e-r-g-u-t-a-c-h-t-e-n-s — der Arzt des M e d i k o-m-e-c-h-a-n-i-s-c-h-e-n I-n-s-t-i-t-u-t-s betraut, nach dessen Meinung die Rente dann wieder eingestellt ist.

Zweifelloos handelt es sich in dem angezogenen Fall nicht um ein System, sondern um eine Aus-nahme, die aber gleichwohl nicht zu billigen ist. Es wäre dringend zu wünschen, daß der betreffende Refusariat und andere künftig nur solche Ober-gutachter zuziehen, die den Grundzügen des obigen Erlasses entsprechend, in jeder Weise unabhängig

sind. Der Rechtsprechung ist damit am besten gedient und das Vertrauen des Versicherten nicht verletzt.

**Quittung.**

Für die ausgesperrten Etuisarbeiter und -Arbeiterinnen in Pforzheim gingen weiter bei der Verbandskasse ein: Von der Zahlstelle Bochum 11 Mk., Dresden 50 Mk., Duisburg-Muhleort 10 Mk., Hagen 15 Mk., Hanau 25 Mk., Essen 15 Mk., Kaiserlautern 5 Mk., Jena 5 Mk., Gau 8 Hannover 50 Mk., von einigen Kollegen der Firma Enders in Leipzig 1,85 Mk.

Bis jetzt insgesamt eingegangen 509 Mk. Weitere Beträge nimmt die Verbandskasse gern entgegen. E. Gau eisen.

**Adressenänderungen.**

**Unterstützungs-Auszahler.**

Kaiserlautern: Z. Fr. Sehel, „Zum Hohenzollern“, Steinstr. 33, von 12—1 Uhr und von 7 Uhr ab, Sonntags von 10 Uhr ab. H. Restauration „Germantiaaal“, Pariser Straße. Az. 9—9½ Stunden. Ml. 18—23 Mk. LU.

**Briefkasten.**

G. J. in L. Den „Wünschen“ soll Rechnung getragen werden, und zwar, wie ersichtlich, bereits in vorliegender Nummer. Platzmangel war die Ursache. — N. St. in D. Welche Anzeigen deuten denn auf das Vorhandensein „gelber“ Elemente. Teilen Sie mir doch näheres mit. In Berichten usw. muß jedes Wort voll ausgeschrieben sein. Das sollte ein schöner Kohl werden, wenn nur immer von Stoll, Kollg. und Verf. gesprochen werden würde. M. M. in D. Inserat kostet 2,80 Mk. — G. L. in Dr. Das geht eins nach dem anderen. Also etwas Geduld. — J. Fr. in D. 1,50 Mk. erhalten. — G. W. in F. Soll gesehen, bis jetzt habe ich noch kein Inserat von St. Brief kostete Strafporto!

Die wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen zahlreiche Proletariermassen, ihre Heimat zu verlassen, um in der Fremde Erwerb zu suchen. So würfelt das kapitalistische Zeitalter die Arbeiter der verschiedensten Vaterländer durcheinander, die nun, wenn sie nicht die Staatsangehörigkeit ihres neuen Aufenthaltortes erwerben, politisch rechtlos sind. Die Gegenwart aber drängt zur Demokratisierung der staatlichen Einrichtungen, bei denen die Arbeiter in hervorragendem Maße mitzuwirken, berufen sind. Bei den Wahlen zu den Einzellandtagen sowie zu den Gemeindeverwaltungen kommt es auf die Stimme jedes einzelnen an. Wer aber die politischen Rechte in der neugefundenen Heimat ausüben will, muß die Staatsangehörigkeit dieses Staates erwerben.

Sie greift der neue Führer ein. Er zeigt die Wege, die zur Erreichung des Zieles notwendig sind und erläutert, durch Beispiele unterstützt, die Mittel, um den bürokratischen Widerstand zu brechen, der dem Aufnahmesuchenden oftmals bereitet wird. Das Büchlein wird unseren Genossen willkommen sein, es ist in allen Parteibuchhandlungen vorrätig.

Der Preis ist 25 Pf.

**Literarisches.**

Wie wird die Staatsangehörigkeit erworben? Unter diesem Titel ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, soeben ein Führer durch das Recht der Staats- und Reichsangehörigkeit von G. Weims-Magdeburg erschienen.

**ANZEIGEN**

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hllsk.) Sitz Leipzig.

**Verwaltungssitzung Hagen i. W.**

Sonntag, den 19. Juli, Vorm. 10 Uhr im Lokale des Herrn Hänel, Goldbergstr. 13.

**Ordentl. Hauptversammlung.**

**Tagesordnung:**

1. Jahresbericht des Vorstandes.
2. Klassenbericht u. Bericht der Revisoren.
3. Bericht von der Generalversammlung in Frankfurt a. M.
4. Neuwahl des gesamten Vorstandes.
5. Verschiedenes.

**Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Buchbinder-Verband.**

**Nachruf.**

Am Sonntag, den 5. Juli verstarb nach langem Leiden unser Kollege

**Alfred Faut**

im Alter von 40 Jahren. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Kollegen und Kolleginnen der Firma Gutmann & Meyer, Berlin.

**Tüchtiger Tischler**

gesucht auf Besteckkasten u. 1 Tischler auf Etuis, 1 Etuisarbeiter, erste Kraft, der die Aufsicht in Werkstatt übernehmen kann, außerdem 1 Etuisarbeiter auf Etuis und Ständer.

Carl Ludwig, Hamburg, Kl. Bäckerstr. 20.



**O. Th. Winckler, Leipzig**  
Papier- u. Lederwaren  
Buchbindereibedarf

**Unliebham verspätet.**  
Unserer lieben Kollegin Frau Elise Benedict zu ihrer Abreise nach Magdeburg ein herzlichstes Lebwohl!

Die organisierten Arbeiterinnen der Buchbinderei I der Firma J. C. König & Ebhardt, Hannover.

Unserem lieben Kollegen Ludwig Dreger und seiner Braut Henriette Kündel zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Köln a. Rh.

Verheirateter selbständiger Mann, welcher perfekt ist in der Etuisbranche — in Besteck und Schmuck — als Zuschneider, sowie ein Gehülfe zum Fertigmachen, welcher auch vergolden kann, werden für dauernd sofort gesucht.

**H. Neuhaus, Lüdenscheid.**

**Zahlstelle Berlin.**

Montag, den 20. Juli 1908, in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108—114

**Großes Sommer-Fest**

zur Feier des „Guten Montag“.

**Großes Garten-Konzert.**

Spezialitäten ersten Ranges. Theater-Vorstellung für Kinder.

Bei eintretender Dunkelheit: Großer Fackelzug für Kinder. Großer Feuerwerk.

Von 5 Uhr ab im Riesensaal: **Großer Ball.** Eintritt in den Saal für Herren 30 Pfg., für Damen 10 Pfg.

Jedes Kind erhält am Eingang des Gartens zwei Bons für Stocklaterne und Schaukel oder Karussell und Bergwerk. Außerdem hat jedes Kind freien Eintritt beim Kinematograph mit den neuesten Bildern. Für Erwachsene 20 Pf.

Die Kaffeeküche ist den geehrten Damen von 2 Uhr an geöffnet.

Anfang des Konzerts 4 Uhr.

Programm am Eingang gratis.

Billet 20 Pf., an der Kasse 25 Pf.

Billetts sind in allen Zahlstellen, bei den Werkstätten-Vertrauenspersonen, in allen mit Plakaten belegten Geschäften sowie in unserem Bureau, Engel-Platz 14/15, Zimmer 39/40, vormittags von 11—1, nachmittags von 1/2 4—7 Uhr zu haben.

Die Ortsverwaltung.

Eine wenig gebrauchte **Schneidemaschine**

(Krause-Leipzig),

**Pappschere** (Eisentisch)

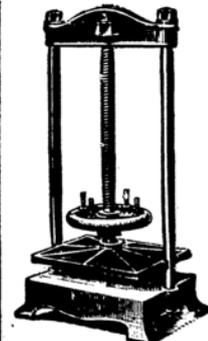
billig zu verkaufen. Offerten unter B. 488 an die Exped. der „Buchb.-Ztg.“

**Bogensätze, Fileten, Rollen, Stempel, Schriftensätze** liefert in bester Art [1,50]

F. Klement, Leipzig, Seeburgstr. 36.

**Inserate** finden nur Aufnahme

wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.



**Schlagrad- und Stockpressen**

in 6 verschiedenen Größen zu **billigsten** Preisen

sofort lieferbar. Prospekte gerne zu Diensten.

Karl Bidlingmeyer, G. m. b. H. Maschinenfabrik. Altbach a. Neckar (Württbg.)



Neue Erfindungen sowie Rezepte über die **Marmorierkunst**

Gern zu Diensten! Gratis und franko! Paul Szigrüst, Marm.-Lehrer. Größtes Spezialgeschäft in Marmorierfarben en gros en detail

Leipzig, Thalstr. 1 — Telephone: 10 783.